

Bezugspreise

Für den Monat September 200.— M. voraus zahlbar. Unter Stromband für Deutschland, Danzig, Saar- und Rheingebiet, sowie Oesterreich und Luxemburg 240.— M. für das übrige Ausland 32.— M. Postbestellungen nehmen an Belgien, Dänemark, England, Estland, Finnland, Frankreich, Holland, Lettland, Luxemburg, Oesterreich, Schweden, Schweiz, Tschechoslowakei und Ungarn.

Der „Vorwärts“ mit der Sonntagsbeilage „Volk und Welt“, der Unterhaltungsbeilage „Heimwelt“ und der Beilage „Erziehung und Kleingarten“ erscheint wöchentlich zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Telegramm-Adresse:

„Sozialdemokrat Berlin“.

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: SW 68, Lindenstraße 3

Fernsprecher: Dönhoff 292-295 und 2506-2507

Freitag, den 15. September 1922

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3

Fernsprecher: Verlag, Hauptredaktion u. Anzeigen-Abteilung: Dönhoff 2506-2507

Anzeigenpreis:

Die einseitige Nonpareilzeile kostet 40.— M. Reklamzeile 150.— M. „Kleinanzeigen“ das freigelegte Wort 12.— M. (zulässig zwei freigelegte Worte), jedes weitere Wort 10.— M. Stellengedächte und Stellenanzeigen das erste Wort 7.— M., jedes weitere Wort 5.— M. Worte über 15 Buchstaben zählen als zwei Worte. Familien-Anzeigen für Abonnenten Seite 13.— M.

Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 4 1/2 Uhr nachmittags im Hauptgeschäft Berlin SW 68, Lindenstraße 3, abgegeben werden. Geöffnet von 9 Uhr früh bis 5 Uhr nachmittags.

England als Garant Deutschlands?

Der „Sozialdemokratische Parlamentsdienst“ schreibt: Das Schwergewicht der Lösung des Reparationsproblems ist jetzt von Paris nach London verlegt worden. Reichsbankpräsident Havenstein ist am Donnerstagabend auf Wunsch englischer Regierungskreise nach London gereist, um dort neue Verhandlungen über die Beilegung der gegenwärtigen Krise zu führen.

Auf englischen Wunsch ist bekanntlich die Sicherstellung der Autonomie der Reichsbank erfolgt, und es mußte deshalb die Forderung auf Hinterlegung eines Goldbestandes von der Reichsbank gemässmaßen auch als ein Vorstoß gegen die englischen Bestrebungen gewertet werden. Hinzu kommen die schweren Sorgen der englischen Regierung über die Vorkänge im Orient, und nicht zuletzt wird das ernsthafte Bestreben Englands, eine Stabilisierung der Mark herbeizuführen, zu der jetzt eingetretenen Kursänderung beigetragen haben.

Bestrebungen zur Stabilisierung der Mark sind aber unvereinbar mit einer Hinterlegung eines größeren Goldfonds aus dem Bestand der Reichsbank im Ausland. Darüber wird sich auch die englische Regierung klar sein, und man muß deshalb annehmen, daß die letzte belgische Forderung in London von der Diskussion ausgeschaltet wird, statt dessen aber das Ziel der Besprechungen die Herbeiführung einer Kombination zwischen den Garantieleistungen der Reichsbank und einer Sicherheitsleistung der Bank von England unter gewissen Garantien Deutschlands ist. Für eine derartige Lösung bildet der letzte deutsche Vorschlag an die belgische Regierung eine gute Grundlage.

Deutschland hat sich bekanntlich bereit erklärt, unter Abgabe bestimmter Garantien die Einlösung der Schatzwechsel im Gesamtbetrag von 270 Millionen Goldmark in drei Teufen innerhalb 18 Monaten vorzunehmen. Belgien glaubte diesen Vorschlag mit Rücksicht auf den Beschluß der Reparationskommission, der für die Schatzwechsel nur eine Lauffrist von sechs Monaten vorschlug, ablehnen zu müssen, und es scheint jetzt, daß dieser Beschluß nicht ohne Frühlingnahme mit maßgebenden Mitgliedern des Wiedergutmachungsausschusses erfolgte. Nach wie vor bleibt aber die Bereitwilligkeit der Reichsregierung bestehen! Eine Lösungsmöglichkeit bestände also darin, daß der deutsche Vorschlag der Einlösung der Schatzwechsel nebst seinen Garantieplänen auf die eventuell von der Bank von England innerhalb sechs Monaten an Belgien, aber für Deutschland zu zahlende Summe von 270 Millionen Goldmark Anwendung findet. Von Einzelheiten, über die natürlich noch eingehend verhandelt werden muß, abgesehen, wäre also der Grundgedanke der, daß die Bank von England Belgien gegenüber Garantien für die Einlösung der Schatzwechsel innerhalb sechs Monaten leistet, während Deutschland sich unter den zunächst Belgien angebotenen Garantien der Bank von England gegenüber verpflichtet, innerhalb 18 Monaten die verauslagte Summe zurückzuführen. Daß die belgische Regierung gegen eine derartige Lösung Einwände erheben könnte, scheint uns ausgeschlossen, wie auch feststeht, daß eine derartige Lösung nicht gegen den Beschluß der Reparationskommission verstößt. Vorläufig muß man natürlich die Gestaltung der Dinge abwarten. Sicher ist aber jedenfalls, daß die augenblickliche Reparationskrise auf dem besten Wege zur Lösung ist.

Geteilte Stimmen in Paris.

Paris, 14. September. (E.P.) Der Temps teilt mit, daß die Reparationskommission in die belgisch-deutschen Verhandlungen nicht eingreifen werde, wenn Deutschland bis zum 15. September, mitternacht, in annehmbarerem Sinne auf die belgischen Forderungen antworten werde, zwei Schatzscheine von je 50 Millionen Goldmark für die am 15. August und 15. September fälligen Zahlungen sowie ein Golddepot von 100 Millionen Goldmark zu überweisen. Wenn die deutsche Regierung sich aber weigere, diesen Forderungen nachzukommen, so werde die belgische Regierung schon am 16. September die Reparationskommission von dieser Weigerung verständigen, und die Kommission werde dann über ein Verschulden Deutschlands zu beraten haben. Das Blatt schreibt, die Maschine sei im Laufen, und kein Mandat werde sie aufhalten können. Es bleibe der deutschen Regierung dann nur noch übrig, sich in eifriger Stunde eines Besseren zu besinnen.

Im „Intransigent“ schreibt dagegen A. de Gobart: Nach persönlichen Erkundigungen glaube er, daß es wenig wahrscheinlich sei, daß die Reparationskommission energische Maßnahmen ergreifen werde. Reiner der Alliierten denke augenblicklich an eine militärische Operation. In Paris sehe man vor einem großen Umschwung. Man sehe am Vorabend einer neuen Reparationspolitik. Luberjac werde der Mann sein, der einen neuen Weg beschreiten werde, den andere und vor allem Luberjac bezeichnet

haben. Gobart versichert, der 24. September werde das Datum für den Besuch der deutschen Industriellen in Nordfrankreich sein, und dieser Tag werde dann die französischen Staatsmänner und die französischen Großindustriellen als offizielle Führer von Hugo Stinnes und den andern Großindustriellen in den verwüsteten Gebieten sehen. Neue deutsch-französische Verhandlungen werden sich an diesen Besuch anknüpfen, und neue Abkommen werden ausgearbeitet werden. Es sei möglich, daß der Besuch aus technischen Gründen um 10 Tage verschoben werde. Zahlreiche Franzosen erblickten darin schon heute weittragende Ergebnisse. Der November 1922 werde vielleicht den Abschluß des Waffenstillstandes der letzten vier Friedensjahre bilden.

Deutschlands „Atempause“.

Aus Mannheim wird uns geschrieben: Nachdem erst vor einigen Wochen der Stadt Neustadt a. H. zur Errichtung einer Kaserne und eines Exerzierplatzes umfangreiche, in bester landwirtschaftlicher Kultur stehende Flächen von der französischen Besatzung beschlagnahmt wurden, werden der pfälzischen Bevölkerung neuerdings über 80000 Quadratmeter wertvollen Geländes zur Befriedigung weiterer militärischer Bedürfnisse entzogen. Die französische Besatzung hat nämlich die Vergrößerung der Kasernenanlagen auf dem Flugplatz Beyerdorf bei Neustadt a. H. gefordert, wo 23 Gebäude, darunter 6 Flugzeugschuppen, errichtet werden sollen. Für diese Gebäude werden 161 Millionen Mark aufzuwenden sein, während der Kasernenbau in der Stadt Neustadt selbst, der 58 verschiedene Einzelgebäude umfaßt, 125 Millionen Mark kosten soll. Noch bedeutender sind die von der Besatzung geforderten Baumaßnahmen auf dem Truppenübungsplatz Ludwigsweiler, da diese allein für das Jahr 1922 360 Millionen Mark erfordern. In dieser Summe sind die Entschädigungsansprüche der bayerischen Forstverwalter und der in Mitleidenschaft gezogenen übrigen Grundbesitzer nicht enthalten. Diese und die in Aussicht stehenden weiteren Forderungen der Besatzung werden voraussichtlich einen gleichen Betrag verschlingen. Allein für diese drei von den Franzosen geforderten Bauprojekte in der Pfalz müssen demnach über eine Milliarde Mark aufgewandt werden. Alle Proteste und diplomatischen Vorstellungen gegen dieses unverantwortliche Treiben sind erfolglos gewesen.

Ministerrat in Rambouillet.

Paris, 14. September. (E.P.) Heute morgen wurde ein Ministerrat in Rambouillet abgehalten, in dem Millerand den Vorsitz führte. Poincaré erstattete seinen Kollegen Bericht über die auswärtige Lage. Er sagte sie über die von den belgischen Vertretern mit der Berliner Regierung eingeleiteten Verhandlungen in Kenntnis, er berichtete auch über die der französischen Delegation bei der Reparationskommission nach dem Willingen der Besprechungen gegebenen Richtlinien. Letztere wurden einstimmig angenommen. Weiter besprach dann Poincaré die Ereignisse in Kleinasien. Der Minister hat Weisungen ausgearbeitet, um zu versuchen, im Orient einen dauernden Frieden herzustellen. Es war noch keine Rede von der Einberufung der Kammer, noch von irgendeiner Regierungsmassnahme. Unterstaatssekretär Rio wird der Nachmittags Sitzung beimohnen, in der der Ministerrat das Dekret über den Achttundentag in der Handelsmarine besprechen wird; andererseits ist der Präsident der Reparationskommission, Dubois, mittags in Rambouillet eingetroffen, wo er nur blieb, um sich einen Augenblick mit Poincaré zu unterhalten. Beim Weggang erklärte Dubois, daß er dem Ministerrat eine Mitteilung zu machen gehabt habe.

Genugtuung für Oberkassel?

Die amtliche „Agence Belge“ berichtet: Der Deutsche Laube, der im Zusammenhang mit dem Zwischenfall in Oberkassel festgenommen worden war, ist wieder freigelassen worden, da ihm bisher keinerlei Schuld hat nachgewiesen werden können. Laube ist von den belgischen Befehlsgewaltigen verhaftet worden, nachdem bereits feststand, daß die Morde und der Selbstmord in Oberkassel auf das Trunkenheitsdelikt eines belgischen Sergeanten zurückzuführen ist. Der Sergeant als Täter wurde mit allen militärischen Ehren bestraft. Bevor Aufklärung in dem Fall erfolgte, ging man mit großer Strenge gegen Deutschland vor und verlangte Genugtuung. Es entspräche den Pflichten der Loyalität, wenn endlich von amtlicher belgischer Seite eine Richtigerstellung und Zurücknahme der unberechtigten Verwürfe erfolgte.

Verbot des „Ehrenjafel“-Kammels. Der Landrat des Landkreises Bochum hat sämtlichen dem Kreisfriedererbund angeschlossenen Kriegervereinen verboten, Totenfeiern als monarchistische Demonstrationen zu gebrauchen.

Stinnes und die Seinen.

Der Wiederaufbauvertrag im Lichte der Rechtsparteien.

Nachdem sich die erste Erregung über das Abkommen, welches Hugo Stinnes mit dem Marquis de Lubersac abgeschlossen hat, gelegt hat, ist es am Plage, die Auswirkungen des Abkommens kritisch zu behandeln.

Wenn die Deutsche Volkspartei das Stinnes-Abkommen nunmehr begrüßt und in manchen Blättern sogar mit Lobeshymnen überschüttet, so zeigt dies nur, daß diese Parteigruppen auf eine allgemeine politische Einstellung, keine Rücksicht mehr zu nehmen gedenken, sondern sich allein noch als reine Interessentenvertreter kapitalistischer Ziele gebürden. Sagte doch noch am 22. Juni d. J. der volksparteiliche Abgeordnete Dauch im Reichstag anlässlich der Interpellation Arnstadt über die Ratifizierung der Wiesbadener Protokolle, nachdem er das Bemelmans- und das Gilett-Abkommen behandelt und deren Vorteil gegenüber dem Wiesbadener Abkommen dahingehend bezeichnet hatte, daß damit der deutsche Lieferant frei sei:

„Gewiß, der deutsche Lieferant ist frei. Aber die Verhältnisse sind häufig stärker als die Menschen, und der deutsche Lieferant wird dann meist nur so handeln, wie es sein persönliches Interesse gebietet, nicht aber, wie das Staatsinteresse es erheischt. In diesem Umstande sehe ich ungeheure Schwierigkeiten und Gefahren für unser Staatsinteresse.“

Von unserem augenblicklichen Export können wir nichts für Kontraktionsleistungen hergeben; denn womit sollen wir dann Lebensmittel und Rohstoffe einkaufen und die Goldzahlungen leisten. Wir würden das auch mit dem Verlust der wenigen Absatzgebiete, die uns geblieben sind, bezahlen. Die Welt ist uns durch den Versailles Vertrag zur Hälfte verschlossen. Nun hofft unsere Regierung, die erzwungenen Sachlieferungen durch einen Zusatzexport zu decken. Das ist bei unserer augenblicklichen Wirtschafts-lage eine vollkommene Unmöglichkeit.“

Als aber nun am vergangenen Freitag im Auswärtigen Ausschuss das Stinnes-Abkommen besprochen wurde, soll von der Deutschen Volkspartei keinerlei Einpruch dagegen erhoben worden sein. Als Rathenau die Grundlage für ein Stinnes-Abkommen bereite, wurde auf die Gefährdung des Staatsinteresses hingewiesen, wurde die furchtbarste Hege um dieser Mann verbreitet — wenn aber Stinnes des Ermordeten Erbe sich geschäftlich nutzbar macht, verstimmen die Klagen. Wieviel mehr hätten sie, wenn man einmal auf dem bezeichneten Standpunkt des volksparteilichen Vertreters steht, gerade jetzt erhoben werden müssen, wo doch durch das Stinnes-Abkommen die Sachleistungen in viel größerem Maße zustande kommen. Die französische Regierung dürfte durchaus richtig argumentieren, wenn sie annimmt, daß die deutschen Kapitalisten es doch besser verstehen, aus Deutschland Reparationsleistungen herauszupressen als Herr Poincaré. Auf dieses Vertrauen zur deutschen Industrie ist Herr Stinnes besonders stolz.

Unsere Partei hat das Wiesbadener Abkommen damals begrüßt, weil es Geldleistungen durch Sachlieferungen abließ. Dagegen wurde die Neuierung der Bemelmans- und Gilett-Abkommen von dem Redner der sozialdemokratischen Fraktion, Genossen Stampe, nicht als durchaus befriedigend bezeichnet. Er bedauerte, daß das

„System der miteinander arbeitenden Kollektivorganisationen, wie es im Wiesbadener Abkommen vorgesehen war, durch ein sogenanntes freies Verfahren abgelöst worden ist. Wir sehen in dem Kollektivabkommen ein wichtiges Mittel, sozialpolitische Forderungen geltend zu machen, den Arbeiterschutz zu gewährleisten.“

Im Gegensatz zu dieser Auffassung hatte gerade die deutsche Industrie gegenüber dem Wiesbadener Abkommen die Forderung des freien Verkehrs erhoben. Nun kommt Hugo Stinnes und schaltet nicht etwa ein Syndikat von Unternehmern ein, wie es früher beabsichtigt war, sondern er schafft sich ein Handelsmonopol größten Stils, um das ihn selbst die Sompets beneiden werden. An Stelle eines Arbeitgeber- und Arbeitnehmer-Syndikats steht nun ein einzelner, der sich durch seine Presse allmählich einen überragenden Einfluß auf die öffentliche Meinung und Willen der Industrie-„Königs“ angeeignet hat. Industrie und Handel werden bald die Nachteile zu spüren bekommen. Große Teile von ihnen werden, da die Käufe durch Stinnes' Hand gehen, in seine wirtschaftliche Abhängigkeit gelangen.

Wenn Stinnes im Auswärtigen Ausschuss gesagt haben soll, daß er durch die 6prozentige Goldprovision — 2 Proz. Händlerprovision galten im Frieden schon als reichlich — persönlich nichts verdiene, so mag dies wörtlich richtig sein. Wir wollen aber rechnen: Von den 1450 Millionen Goldmark, die zu Sachleistungen der Entente gegenüber geleistet werden sollen, gehen auf Rechnung Frankreichs 950 Millionen. Von diesen werden etwa 400 Millionen in Form

Heute Massenkundgebung: Gegen Wucher und Teuerung.

von Kohlen, Holz und Farben geliefert werden. Durch die technische Einrichtung des Stinnes-Abkommens werden von dem verbleibenden Rest doch wohl bis zu 300 Millionen Goldmark in wirkliche Lieferungen gewandelt, 6 Proz. hiervon sind bei dem heutigen Kurs etwa 7 Milliarden Papiermark. Wenn Herr Stinnes diese 7 Milliarden nur dazu verwendet, um den notwendigen Apparat zu schaffen, so stellt diese Verkaufsorganisation zu einem großen Teil doch einen bleibenden Wert dar, der auch später Zinsen trägt. Das Verfahren ist nicht neu. Bei den Kohlenpreiserhöhungen hat Herr Stinnes einen von der Allgemeinheit zu tragenden Ausschlag gefordert und erhalten, um den Bergbau produktiver auszugestalten. Auch da wollte er nichts „verdienen“. Aber wem kommt denn die Steigerung des Aktienwerts und die spätere Verzinsung des Kapitals zugute, das von der Allgemeinheit erbracht wird? Doch nur dem Besitzer! Eine gemeinwirtschaftliche Beteiligung am späteren Ertrage, auf die die Allgemeinheit doch durch Aufbringung des Kapitals ein Anrecht haben dürfte, wurde bei der Kohle auf das schwerste bekämpft. Wer zahlt aber die 6 Proz. dem Herrn Stinnes? — Das Deutsche Reich. Um diesen Betrag, der Herrn Stinnes in Banknoten ausgezahlt wird, erhöht sich die deutsche Inflation. Die durch das Abkommen erleichterte Ausfuhr von Materialien und Fertigwaren nur durch eine Hand, kann zu kräftigen Preissteigerungen benutzt werden, da dieses kapitalistische Konfession dem Staate gegenüber so mächtig sein dürfte, daß dieser nur sehr schwer solche Materiallieferungen, die die deutsche Innenwirtschaft schädigen, zu hemmen vermag.

Stinnes verdient auch dadurch, daß er die günstigen Angebote seinem Konzern zuleiten kann. Ein großer Staatsmann sagte, daß man aus dem Elend des Volkes keine Zinsen haben soll; hier aber werden aus dem Unglück 6 Prozent, die Stinnes allerdings — wir geben ihm dies zu — in feiner Weise „verdient“.

Sichtlich der Kohle für die Wiederaufbaulieferungen hat allerdings der Stinnes-Vertrag eine Neuregelung vorgegeben, die — wenn sie sich praktisch durchsetzt — eine erneute Kohlenbelastung vermeiden dürfte. Der deutschnationale Großindustrielle und Abgeordnete Reichert sagte in einem Aufsatz über das Wiesbadener Abkommen:

„Infolgedessen wird der Deviseneingang für unsere Industrie und den Ausfuhrhandel mit einem um so größeren Rückgang bedroht sein, je mehr Frankreich von uns bezieht.“

Herr Helfferich soll diese Gedankengänge seines Fraktionskollegen Reichert im Auswärtigen Ausschuss in der vorigen Woche sich nicht zu eigen gemacht haben. Warum wohl? Vielleicht weil nun Herr Stinnes einen Milliardenbogen für sich sichergestellt hat?

Nun behauptet man, daß gerade in dem Augenblick, wo infolge unseres Marktsturzes die Kapitalknappheit unsere Industrie zu Betriebseinschränkungen zwingt, und Arbeitslosigkeit droht, das Stinnes-Abkommen in die Bresche trete, um die Not zu bannen. Demgegenüber muß doch betont werden, daß, abgesehen von der außenpolitischen Wirkung, die auch wir begründen, im Innern die Lage doch nur erschwert werden kann. Der Staat soll die Notendruck, um die Kapitalknappheit der Industrie zu beheben. Durch die Rotenpresse soll die Industrie strotz gemacht werden. Das bedeutet Preissteigerung. Diese erhöhte Inflation heißt weitere Zerrüttung der Finanzen, nach außen aber erneuter Sturz der Mark, zumal wenn nach dem Urteil der angeführten Rechtsparteiler unser Außenhandel durch den erhöhten Umfang der Sachleistungen beeinträchtigt werden soll.

Da auch Herr Stinnes seinerzeit das Rathenau-Abkommen bekämpfte, mußte man wohl annehmen, daß die offiziellen volksparteilichen Gegenstände auch die seinen sind. Wenn dem aber so ist, dann bleibt doch nur die Frage offen, ob nicht am Ende das ganze Abkommen nur zu dem Zweck zustande gebracht wurde, um auf Kosten des Staates und der Allgemeinheit seinen durch den Marktsturz in Bedrängnis geratenen Industriegruppen wieder aufzuhelfen?

Frau Sorge.

Die Hausfrauen ertrinken in der Teuerung.

Die wilde Steigerung der Preise aller Lebensbedürfnisse wird denen zum Schicksal, von deren Arbeit kaum jemand spricht, weil sie als Selbstverständlichkeit betrachtet wird, wir meinen die Hausfrauen.

Schon vor dem Kriege ist es so gewesen, daß die verheiratete Frau ihr halbes Leben verzetteln mußte mit den tausend kleinen Sorgen des Alltags um Essen, Reinigung und Wiederherichtung. So starb viel Lebensmut und Lebensfreude im Kochtopf, im Zwang der Pfennigsorgen. Was sich aber heute auf diesem Gebiete abspielt, ist mit jener Zeit schlechterdings nicht vergleichbar. Heute verrichtet jede Frau, die sich um einen Haushalt zu kümmern hat, eine hoffnungslose Arbeit, wie sie heimtückischer, quälender und seelenmörderischer der größte Menschenfeind nie erfunden haben würde.

Am Freitag oder Sonnabend kommt ein Bündel Scheine mit großen Zahlen in die Hand der Hausfrau; noch am gleichen Abend beginnt stets erneut die Katastrophe. Jeder noch so kunstvolle und noch so raffiniert ausgelegte Wirtschaftsplän wird durch die fortgesetzte anschwellenden Preise aller Bedürfnisse über den Haufen geworfen. Wie eine jeden Tag neu Ertrinkende wehrt sich die Mutter und Ehefrau dagegen, die Ernährung und alle sonstigen Bedürfnisse der Ihrigen immer weiter einschränken zu müssen. Sie fühlt die Strafe des immer Nur-Ausgebenmüssens, die Wehrlosigkeit gegenüber dem ihr auferlegten Zwang zur materiellen Unzulänglichkeit in körperlicher Festigkeit. Die Geißel unserer Not trifft sie doppelt und dreifach. Immer wieder hört man auch von den Hausfrauen, die die Sorge ums tägliche Brot nur als einfache und selbstverständliche Pflicht kennen, daß sie diesen Druck des Mißverhältnisses zwischen Wirtschaftsgeld und Preisen nicht mehr auszuhalten vermögen. Die völlige Unsicherheit aller ausgetüftelten Rechnungen, die Unwiderstehlichkeit der erdrückenden Tatsachen macht die Frau, die mit dem Korb zum Markt geht, die kocht, scheuert, sticht, die vom Erwachen bis zur Nacht nur sorgt und jede Minute sich mit dem Unfassbaren quält, zur wahren Märtyrerin unserer Zeit. In ihr stirbt damit unendlich Wertvolles; es wird von der Not der Zeit verschüttet, zertrampelt.

Bergessen wir bei dem Kampfe gegen die Teuerung nicht, daß wir auch den Frauen ihre schier unerträgliche Bürde erleichtern müssen.

Der Kampf um die Uberschichten.

Immer mehr Arbeiter nehmen, wie die jüngsten Meldungen aus den Bergwerksrevieren betonen, das Uberschichtabkommen an. Aus dem Ruhrgebiet wird berichtet, daß das Uberschichtabkommen bereits zu 85 Proz. durchgeführt wird.

Die Kommunisten haben es sich ein Stück Geld kosten lassen, haben sich sogar in geistige Unkosten gefügt, um das Uberschichtabkommen zu vereiteln, um den Bergarbeitern vorzumachen, daß sie dumme Teufel seien, wenn sie dem Rat der Gewerkschaftsführer folgten. Die „Wirtschaftliche Rundschau“ der „Roten Fahne“ leistete sich sogar drei volle Spalten, um das Uberschichtabkommen herunterzureißen. So ziemlich jede festgestellte Tatsache wird darin auf den Kopf gestellt.

Deutschland führt Kohlen aus, also ist das Gerede über den Kohlenmangel nur ein kapitalistischer Schwindel. Wie steht es mit dieser Kohlenausfuhr? Wir liefern Kohlen nach Holland, weil wir mit Holland das bekannte Kreditabkommen geschlossen haben. Also eine Ausfuhr, die auf Gegenseitigkeit beruht. Wir liefern Kohlen nach der Schweiz, weil einige Tischen zum Ausbau ihrer Anlagen einige Millionen Schweizer Franken geliehen haben und nun aus dem Wehrgewinn an Kohlen das Darlehen zurückzahlen, statt das Kapital direkt zurückzuerstatten. Wir liefern Kohlen nach dem Saargebiet, weil die Arbeiter selbst die Belieferung der Krankenhäuser im Saargebiet mit deutscher Kohle wünschten. Wir liefern ferner Austauschkohle nach dem Saargebiet, weil man im

Saargebiet Austauschkohle als eine bestimmte Qualität Kohle braucht. Also die Ausfuhr deutscher Kohle hat ein paar einfache und praxistaugliche Gründe.

Wir leiden in Deutschland an Kohlenmangel, weil wir vor allem den Ausfall an ober-schlesischer Kohle haben. Bekanntlich ist das Eisenbahnsystem in Poinisch-Oberschlesien total verstopft, und die Polen sind neuerdings gezwungen, Feierschichten zu machen. Um so notwendiger ist es, daß dann in Deutsch-Oberschlesien dieser Ausfall an Kohle durch Uberschichten wieder wettgemacht wird.

Nicht nur die deutsche Eisenbahn, sondern auch die Industrie bezieht englische Kohle, von der wir auch jetzt noch immer eine Million Tonnen pro Monat brauchen. Wenn die Reichsbahndirektion besonders nach englischer Kohle gegriffen hat, dann deshalb, weil sie mit deutscher Kohle sich nur für drei Tage eindecken konnte. Die Eisenbahn braucht also deutsche Kohle wie die Industrie sie braucht. Kohle oder Arbeitslosigkeit! Das ist die Alternative, vor der die deutsche Arbeiterschaft steht.

Aber warum keine Vermehrung der Belegschaften statt der Uberschichten? Die Antwort ist einfach: Wo sollen die neuen Arbeitskräfte untergebracht werden? Es fehlen doch jetzt bereits 30 000 Wohnungen für die Bergleute in Rheinland-Westfalen. Sollen die Bergleute noch unhygienischer und gesundheitswiderlicher in den vorhandenen Wohnungen zusammengepfercht werden? Und selbst wenn Wohnraum genug vorhanden wäre — nicht auf die ungeratenen Arbeiter kommt es so sehr an — sie sind stark vermehrt worden —, sondern auf die gelehrten Untertagsarbeiter. Die Häuser fehlen im Bergbau; es fehlen mindestens 150 000. Auch ein richtiger Bergmann muß etwas gelernt haben. Natürlich muß auch der technische Apparat im Bergbau verbessert werden. Aber auch hier lassen sich die Dinge nicht übers Knie brechen. Jedenfalls kann man nicht warten, bis durch technische Verbesserungen Wunder geschehen. Sofortige Hilfe tut not. Deshalb das Abkommen.

Der Sächsische Landtag aufgelöst.

Dresden, 14. September. (Eigener Drahtbericht.) Der Sächsische Landtag beschloß in der heutigen Sitzung unter Ablehnung der sozialdemokratischen und demokratischen Anträge auf verfassungsmäßige Einführung einer befristeten Landtagsauflösung: „Dem Volksbegehren auf Auflösung des Landtages wird stattgegeben, der Landtag löst sich sofort auf.“ Der Antrag wurde in namentlicher Abstimmung mit 53 Stimmen der Bürgerlichen und der Kommunisten gegen 39 Stimmen der beiden sozialdemokratischen Fraktionen angenommen.

Unrühmlich wie das Verhalten der kommunistischen Landtagsfraktion seit ihrem Einzug in den Votat-Bau an der Brühlischen Terrasse war auch ihr Auftreten in der letzten Sitzung der sächsischen Volksvertretung. Schwankten sie während des zweijährigen Wirkens im Landtag ständig aus einem Extrem ins andere, indem sie so und so oft mit den Bürgerlichen stimmten, um in letzter Minute doch noch entgegen ihrer Stellung in den ersten Lesungen mit den beiden sozialdemokratischen Parteien zu gehen, so schlugen sie sich jetzt endgültig auf die Seite der Bürgerlichen, von den Demokraten bis zu den Deutschnationalen, und machten so den Sozialdemokraten die Verabschiedung wichtiger Gesetze, wie der Gemeindeverfassungsreform, des Gesetzes zum Schutze der Republik und anderer Vorlagen unmöglich. Sie bildeten die Einheitsfront mit den überflüssigen Reaktionen und waren bemüht, dieses verärrliche Verhalten dadurch zu verdunkeln, daß sie durch das unverschämte und herausfordernde Auftreten ihrer Redner und durch ihre lärmenden Zwischenrufe bei den Reden anderer Abgeordneter wahre Entrüstungstürme entzündeten. Ihr Verhalten wird ihnen beim Wahlkampf, der nun bevorsteht, nicht vergessen werden.

Portugal verzichtet auf deutsches Eigenium. Nachrichten aus Lissabon zufolge hat das portugiesische Parlament auf das Recht verzichtet, in Anwendung des § 13 der Anlage 2 des Teiles 8 des Vertrages von Versailles deutsches Privateigenium, welches nach Inkrafttreten des Friedensvertrages nach Portugal gelangt ist, zu beschlagnahmen.

Die Kosten der Lebenshaltung in Wien sind vom 15. August bis 14. September nach den amtlichen Indexfeststellungen um 91 Prozent gestiegen.

Nationalbayerisches.

Von Max Quard.

Wenn's nur nach meinem Wagen und dem Erfolg der Badetur ginge, müßte das diesjährige Ferienstagebuch ein einziges Lob auf das Land sein, in dem unser Parteitag stattfinden wird. Ich verzeichne das mir seit 1914 nicht mehr zugeflossene Phänomen, daß ich mir diesen Sommer in Bayern an zwei „festen“ Tagen beinahe den Wagen verderben konnte, und alles zu immerhin noch mäßigen Preisen im Vergleich zu denen, die mir Abnugslos für die Rückkehr nach Nordden von dort mitgeleitet und angehängt werden. Aber das ist offenbar der Unterschied zwischen der nationalbayerischen und der deutschen, namentlich der nordischen oder westdeutschen Volksfeie — die letztere reagiert nicht auf das Animalische allein. Das ist ihr großer Fehler und ihre „Berliner Verständnisslosigkeit“. Und so haben sich denn in mein Tagebuch ein paar „lose“ Blätter eingeschlichen, die von mehr als von Essen und Trinken erzählen. . . .

Rationale Preispolitik. Die „Liebe zum Reich“ äußert sich hier in den mannigfaltigsten Formen. Reichsfahnen und Reichsfarben gibt es natürlich grundsätzlich nicht. Die Kurdirektion flagt in Schwarz-Weiß-Rot und Blau-Weiß, aber das Geld nimmt sie aus dem ganzen Reich und ihre Badepreise erhöht sie von Sprung zu Sprung trotz Stinnes, obgleich die gütige Natur das Jodwasser in ewig gleichbleibender Qualität ohne jeden Ausschlag weiter liefert. Die Gastwirte regeln die Mittagspreise einheitlich, natürlich von den paar Badehotels abgesehen. Diese Preislenktion wäre sehr löblich, wenn sie nur nicht eine so merkwürdige Einteilung vornähme. Gut, die Eingesehenen sollen die billigsten Sätze haben — sie sind das ganze Jahr da. Aber „alles Uebrige“ wird zu den höchsten Sätzen zusammengeworfen — deutsche Vondseute wie überseeische Balutareisende. Als wenn es außerhalb des „Burgfriedens“ unseres Städtchens nur eine einzige feindliche Welt gäbe, gegen die sich dieses durch beträchtliche Preisbarrieren schützen müßte! Bei einer der vielen Preissteigerungen dieser letzten Wochen machte ich in höchst beschwerlicher Weise die Frau Birkin darauf aufmerksam, daß die Bayern — vorangestellt! — und wir „übrigen“ Reichsdeutschen uns doch schließlich landsmännlich usw. usw. noch etwas näher stehen, als uns beiden die Franzosen, Engländer, Amerikaner. Dieser nationale Appell hat aber nicht die mindeste Wirkung im „nationalen“ Bayern. Er erzielt etwas ganz anderes: im Hintergrund der Bierbänke des Bräus erhebt sich ein stämmiger Speiser, der das Gespräch gerührt hat, und schreudert mir das fürchtbare Wort „Berlin“ an den Kopf. „Machen's dort anders? Hee?“ Und das ganze Gastzimmer droht sich zu erheben, nämlich gegen mich, den Friedensstörer. . . .

„Rationale“ Moral. Die Verderbtheit des reisenden Publikums bringt bekanntlich manchen bisher stillen und reinen Winkel Deutschlands in Gefahr. So hatten auch hier zwei „Lebemann“ von auswärts nichts Eiligeres zu tun, als sofort nach ihrer Ankunft hier ein Inserat zwecks Auffindung „fröhlicher und zwangloser Badegesellschaft“ aufzugeben. Sittenlose, großstädtische

Gesellschaft, pui Teufel! Wer aber bringt das Inserat ungefügt? Das bayerntolle Badeblättchen, das unaufhörlich für „echt deutsche Sitte“ und herausfordernde Regimentsfeiern wirbt! Es hat übrigens recht: warum soll es nicht überall menscheln? Es menschelt überall, auch im bayerischen Oberlande, auch in den verstecktesten Waldwinkeln und bei den „unverdorbenen“ Deutchen. Im benachbarten großen Holzdorf geht eben eine Skandaluntersuchung ihren regelrechten gerichtlichen Gang. Ein wohlhabender Bauer ist unehelicher Vater eines erwachsenden Mädchens. Das hält ihn nicht ab, auch mit diesem zu verkehren. Als sich die Folgen melden, muß ein Vater gesucht werden. Ein armer Bursch wird ins Geheimnis gezogen und soll für Geld und gute Worte als Vater auftreten und hochzeiten. Schließlich ist diesem Burschen das Geschäft aber doch zu unsauber und er weigert sich. Da erschließt ihn der uneheliche Doppelvater, um den unbedeutenen Zeugen wegzuschaffen, und fingiert einen Unglücksfall. Das wird ihm freilich nicht geglaubt und nun sibt er in Voruntersuchung, wie die großstädtische Presse unklar mittelteil, beiseite aber nicht die örtliche. . . . Unverfälschte, reine „nationale Moral!“

Norddeutsche Mitreisende. Als ich von meinem Ausflug in das benachbarte Egersee wider meine Gewohnheit mit der Bahn heimkehrte, weil es gießt, stürzen sie, Mann und Frau, gerade noch beim ersten Anziehen der Bahn ins Abteil und werfen ihre Fahrkartenscheine in die Rehe. Sie schmolzt ihm, weil er eine Viertelstunde zu lange Anstichorten gekauft hat; er meint, sie sei etwas hinter dem Mond zu Hause, weil sie nicht kapiere, daß eigene Ausnahmen mit den teuren Platten immer noch sechs-mal kostspieliger seien, als die großartigen Postkartenausnahmen. Wir erfahren, daß er Bureauarbeiter bei der Polizei einer großen preussischen Provinzialstadt ist und daß sie „auch einmal“ gereist sind, weil das heute „noch billiger ist, als ein paar Stiewel“. Bis wie weit sie denn gekommen seien mit dem Rad? Bis Innsbruck, — oder eigentlich nur durch Innsbruck durch? Wieso? Sie seien wegen der Kostspieligkeit nie in einer Stadt zum Uebernachten geblieben. Als sie aber nach langem Strampeln Innsbruck erreichten, hing es an, dunkel zu werden. Sie mußten also ein kleines Nachtlogis zu erreichen suchen. Deshalb sind sie „durchgefahren“ und auch nicht nach Innsbruck zurückgekommen. . . .

So aber lernen sich Nord- und Süddeutschland „gründlich“ kennen! Das heißt gewisse Schichten aus beiden, die so „national“ sind, daß sie den deutschen Wald mit all seinem natürlichen Gestrüpp vor lauter Bäumen nicht sehen können.

Kants Grabmal. Die Königsberger Stadtverordnetenversammlung stimmte dem Vorschlage des Magistrats zu, eine Stiftung von 300 000 M. zur Herstellung einer würdigen Kants-Grabstätte anzunehmen, die Gebeine Kants an ihrer Ruhestätte zu lassen und darüber ein Grabmal zu errichten. Ein beschränkter Wettbewerb zur Erlangung eines geeigneten Entwurfs wird ausgeschrieben. Damit ist die bereits vor dem Kriege erörterte Frage, die auch in den letzten Jahren mehrfach die Öffentlichkeit beschäftigte, zu einem endgültigen Abschluß gelangt.

Achitektur in Maiolika. Einen aus der Welt der Phantastik stammenden Entwurf Hans Boelzigs veröffentlicht das neue Heft der „Form“. Es ist eine Waldkapelle in Maiolika. Aus dem Material ist dem Künstler hier eine neue plastische phantastische Form erwachsen. Das Gebilde soll aus buntglasierter Maiolika zusammengefügt werden, einem Material, das von aller konstruktiven Strenge weit entfernt ist. Der eigentliche Sinn dieser Formen liegt im freien Spiel und in der Auflösung aller Festigkeit durch die das Licht in wechselnden Reflexen widerpiegelnde Glazur. Von der Kapelle könnte eine Wirkung ausgehen, ähnlich wie von den phantastischen Kirchen des süddeutschen Spätbarock.

Jubiläum des Münchener Hofbräuhauses. Aus München wird uns geschrieben: In diesem Monat kann das Gebäude des Münchener Hofbräuhauses auf ein 25jähriges Bestehen zurückblicken. Im September 1897 war der heutige Bau, von Hellmann und Wittmann ausgeführt, an Stelle des alten Hofbräuhauses, früheren herzoglichen Weibier-Brauhauses, getreten. Das ehemalige herzogliche Hofbräuhaus verbannte sein Entstehen dem Umstande, daß Herzog Wilhelm V., der ein mächtiger Säuser vor dem Herrn war, das auswärtige Bier — er bezog es von Eiback — zu teuer wurde. Deshalb ließ er im Jahre 1889 ein eigenes Brauhaus errichten, das allein für den Hof Bier herstellen sollte. Man ahnte da das Einbecker Bier mit großem Erfolge nach, nur wurde aus dem Einbecker Bier im Grunde der Münchener das Vordier, das auch heute noch seine Triumphe feiert. Um die Mitte des 18. Jahrhunderts begann der öffentliche Ausschank des Hofbieres.

Die Sowjets und die Briefmarkensammler. Die russische Regierung, die sich auf die Propaganda gut versteht, ist sich auch des Propagandawertes der Briefmarken wohl bewußt. So hat sie seit einigen Monaten ein eigenes philatelistisches Bureau geschaffen, das zunächst für die Beurteilung neuer Markenausgaben zuständig ist. Schon ein Teil der bisherigen Sowjetmarken war künstlerisch gut und technisch ziemlich einwandfrei. Mit den bevorstehenden Ausgaben hofft man darin noch weiter zu kommen. Darüber hinaus ist das Bureau aber auch mit der Feststellung der provisorischen Briefmarkenausgaben betraut worden, die seit der Revolution in den russischen Provinzen erschienen sind. Der größte Teil dieser Marken ist, da es an einer zweckmäßigen amtlichen Registrierung fehlte, bisher in Europa noch ziemlich unbekannt geblieben. Schließlich läßt die Sowjetregierung, die eingeschlagen hat, daß ihr Postwertzeichen für sie eine nicht zu unterschätzende Einnahmequelle bedeuten könnten, im ganzen Lande die gebrauchten Briefmarken Rußlands durch freiwillige und durch bezahlte Helfer sammeln und dann durch eigene Agenten im Ausland vertreiben. Dies geschieht jedoch in erster Linie zu wohltätigen Zwecken, zum Teil Hand in Hand mit amerikanischen Wohlfahrtsorganisationen, hauptsächlich zum Besten der notleidenden Bevölkerung in den vom Hunger heimgeführten Provinzen.

Eine Wanderausstellung „Die Form“. Die Württembergische Arbeitsgemeinschaft des Deutschen Werkbundes ist vom Bunde mit der Durchführung der für Herbst 1923 geplanten Wanderausstellung „Die Form“ beauftragt worden. Die Ausstellung soll unter Ausschluss jeder erwerbswirtschaftlichen Arbeit die neue Form und ihre Ausdrucksweise zur Darstellung bringen.

Um den Straßenbahntarif.

Die Zukunft der Güter Berlins. — Eine Hilfsaktion für den Zoo.

Von der Stadtverordnetenversammlung wurden gestern die in den Ferien von dem ständigen Haushaltsausschuß beschlossenen und auch sogleich in Kraft gesetzten Vohnerhöhungen und Tarifsteigerungen nachträglich genehmigt. Ueber die jetzt vom Magistrat in einer Dringlichkeitsvorlage beantragte neue Erhöhung des Straßenbahntarifs kam es zu einer Debatte, in der die beiden sozialdemokratischen Fraktionen durch ihre Redner die sinnlose Politik der Kommunisten bekämpften. Besont wurde auch, daß die Erhöhung des Straßenbahntarifs als Ausgleich die Einführung eines Staffeltarifs erfordert. Bürgermeister Ritter hob hervor, daß die Eisenbahnverwaltung den vielgerühmten billigen Stadtbahntarif weitmacht durch ihre hohen Frachttarife, die den Berlinern die Lebensmittelfuhr verteuern. Ueber die Erhöhung des Straßenbahntarifs wird zunächst noch der Haushaltsausschuß beraten. Ausschlußberatung wurde auch beschlossen für die Vorlage betreffend die Aenderung der Wirtschaftsform der Berliner Güter. Einmütigkeit aller Fraktionen zeigte sich bei einem Dringlichkeitsantrag, der zu einer schnellen Hilfsaktion der Stadt, Staat und Reich für den in seinem Weiterbestand bedrohten zoologischen Garten aufrief. Den Anstoß zu diesem von allen Fraktionen gemeinsam eingebrachten Antrag hatte die im „Vorwärts“ gedruckte Nachricht gegeben, daß die Schließung des Zoo für die Wintermonate nicht abzuwenden sei.

In der um 5 1/2 Uhr begonnenen ordentlichen Sitzung erhob die Versammlung zunächst nach dem Referat von Pfannkuch (Soz.) ohne Erörterung die einstimmig zustande gekommene Ausschlußvorlage zum Beschluß, wonach 1. der Magistrat ersucht wird, allen Arbeitern und Arbeiterinnen der städtischen Blindenanstalt eine nach dem monatlichen Einkommen abgestufte Kleiderbeihilfe zu gewähren; eine solche soll auch den Kindern und Jugendlichen zuteil werden; 2. folgende Unterstützungshöchstsätze für Armenrentenempfänger festgesetzt werden sollen: laufende Unterstützungen an einzelne Personen bis zu 300 M., an linderlose Ehepaare bis zu 1200 M., an Familien mit einem unterwachsenen Kind bis zu 1480 M., für jedes weitere Kind mehr 280 M., Pflegegeld für ein Kind bis zu 400 M., Zusatzunterstützungen über die laufenden hinaus innerhalb drei Monaten einmal bis zu 300 M., einmalige Unterstützungen an andere Personen bis zu 400 M. Daraus beschäftigte sich die Versammlung wiederum mit der Frage der

Verpachtung städtischer Güter

und mit dem Problem der Ueberführung der städtischen Güterverwaltung in eine andere Rechts- und Wirtschaftsform. Diese Verhandlung wurde durch eine kleine interne Streit unterbrochen. Vorsteher Dr. Caspari brachte der Kollegin Frau Fahrenwald zur Vollendung ihres 70. Lebensjahres unter allseitigem Beifall die Glückwünsche der Versammlung dar und knüpfte den Wunsch daran, daß die verehrte Kollegin noch recht viele Jahre in gleicher geistiger und körperlicher Frische ihren Arbeiten im Dienste der Allgemeinheit nachkommen möge. Die Gefeierte, deren Platz mit einem schönen Blumenstrauß geschmückt war, dankte mit bewussten Worten und erneuerte das Gebotnis, auch weiter ihre ganze Kraft einzusetzen, um dem Ziele, daß jeder Mensch zu essen und zu arbeiten hat, näherzukommen. — Der Verpachtung der vier städtischen Güter Osborn, Spandorf, Mühlentee und Birckholz hat die Mehrheit des Ausschusses zugestimmt. Die Magistratsvorlage wegen Aenderung der Form der Güterverwaltung nimmt eine „Berliner Stadt-Güter-G.m.b.H.“ in Aussicht, die eine absolut freie Stellung der Güterverwaltung ermöglicht, um jederzeit den Erfordernissen einer mit allen neuzeitlichen Mitteln arbeitenden Wirtschaftsführung unerschütterlich zu genügen. Die allgemeine Verpachtung erscheint nach der Begründung dem Magistrat unerwünscht, da er in erster Linie darauf bedacht sein mußte,

Die Verwaltung selbst in der Hand zu behalten.

Die Aussprache bewegte sich in der Hauptsache um dieses allgemeine Wirtschaftspröblem. Wegen die Verpachtung der ge-

nannten vier Güter erklärten sich auch diesmal Dörr namens der Kommunisten, Deitmer namens der U. Soz., während unsere Genossen, für die Prolet das Wort führte, der Verpachtung der vier Güter aus den besonderen dafür in Betracht kommenden Gründen zustimmten. Gegen die vom Magistrat in Vorlage gebrachte G. m. b. H. für die Bewirtschaftung des übrigen umfangreichen städtischen Güterbestandes wandten sich die bürgerlichen Redner, Peter (Dnat.) und mit besonderer Schärfe Dr. Michaelis von den Demokraten und Pastor Kröpelin (D. Sp.) — Müller-Franken (W. P.) erklärte diese G. m. b. H. für die denkbar ungünstigste Form, die betriebstechnisch hätte gewählt werden können. Schließlich wurde von der Mehrheit die Verpachtung der vier Güter und Ausschlußberatung für die Magistratsvorlage beschlossen.

Bei den Vorlagen betr. die Deckung der Mehrausgaben der Werkverwaltungen seit 1. Juli 1922, die Regelung der Bezüge der nichtständigen Angestellten, die Erhöhung der Löhne der städtischen Arbeiter und Gutsarbeiter für Juli und August 1922, die Reueinstellung der Aus- und Verpflegungskosten in den städtischen Anstalten und der Gebäuhöhe für Krankentransporte, sowie betr. die teilweise Deckung des Fehlbetrages 1922 wurden auch die Dringlichkeitsvorlagen des Magistrats wegen Erhöhung des Straßenbahntarifs auf 12 M. und des Wasserpreises auf 12 M. mitberaten, da der am Dienstag von Dr. Wegl erhobene Widerspruch zurückgenommen war und der gestrige Widerspruch der Kommunisten keine Mehrheit fand. In der ausgedehnten Besprechung dieses Materials war man sich darüber einig, daß die Vorlagen größtenteils um so mehr zur Verabschiedung reif seien, als die tatsächliche Entwicklung sie inzwischen wiederum längst überholt habe. Gegen Dörr, der abermals prinzipiell die unentgeltliche Benutzung der Straßenbahn durch die Bevölkerung, die unentgeltliche Lieferung von Gas, Wasser usw. an die Interessenten forderte und auch hier wieder gegen die Einigungsbestrebungen der SPD. und USBD. heftig polemisierte, hob Dr. Wegl scharf hervor, daß es praktisch darauf ankomme, für die Arbeiterschaft herauszubolen, was herauszubolen ist, während es den Kommunisten darauf ankommen scheint, die Selbstzerfleischung der Arbeiterparteien traditionell zu gestalten. Zu den Dringlichkeitsvorlagen bemerkte Dr. Wegl, daß

ein höherer Fahrpreis für die Straßenbahn

— und zwar 10, nicht 12 M. — diesmal dem Magistrat nur zugestanden werde, wenn er für eine Staffellage, für einen Zonentarif Vorsorge treffe, und daß ebenfalls eine Gaspreiserhöhung Aussicht habe, wenn nicht die wiederholte Forderung der Versammlung auf Rücknahme auf die Rinderbemittlungen bei der Gaspreiserhöhung endlich beachtet werde. Im Punkt der Erhöhung der Krankenhaus- und Krankentransportgebühren verlangte Dr. Wegl im Gegensatz zum Magistrat die Befreiung der Gebühr für die Entbindungen einheimischer, der Steuer für Reugeborene und eine besondere Vorlage betr. die Höchstätze von Krankentransportkosten für Ausländer. Mit diesen Aenderungen wurden die vorerwähnten älteren Vorlagen genehmigt, nachdem auch Dr. Lohmann (Soz.) gerade im Interesse der arbeitenden Bevölkerung von Groß-Berlin Herrn Dörr scharf entgegengetreten war. Die Dringlichkeitsvorlagen gingen mit den dazu gestellten Aenderungsanträgen an den Haushaltsausschuß, dem auch die Vorlage wegen Deckung des Fehlbetrages 1922 überwiesen wurde.

Zum Schluß gelangte noch nach Erledigung einer Reihe kleinerer Vorlagen ein Antrag aller Parteien zur Annahme, der die

Offenhaltung des Zoologischen Gartens

auch während des Winters bezweckt und den Magistrat auffordert, sofort Schritte zu tun, um durch Reich, Staat und Gemeinde die Fortführung des gemeinnützigen Instituts zu ermöglichen. — Ein weiterer Antrag aller Fraktionen, der Protest erhebt gegen die angeblich beim Magistrat bestehende Absicht, im Winter wegen der Kohlennot auf sechs Wochen einen allgemeinen Schluß durchzuführen, fand ebenfalls, und zwar dieser ohne jede Erörterung, einstimmige Annahme. Nach 10 Uhr trat damit der Schluß der öffentlichen Sitzung ein.

Stadt in Not!

Einschränkung der Berliner städtischen Ausgaben.

Die katastrophal sich steigende Geldentwertung hat den Berliner Stadtsäckel in einer Weise erschöpft, die das Schlimmste für die Gesamtheit befürchten läßt. Die Not, die drohend an die Türen klopft, hat den Magistrat genötigt, sich erneut mit Maßnahmen zur Einschränkung der städtischen Ausgaben, wie sie durch das Zurückbleiben der Einnahmen hinter den Ausgaben infolge der Geldentwertung notwendig werden, zu beschäftigen. Der Magistrat beschloß:

Die Einstellung aller Hoch- und Tiefbauten in der ganzen Verwaltung, bei welchen die Arbeiten noch nicht erheblich begonnen haben, ohne Rücksicht darauf, ob das Material schon beschafft ist oder nicht;

eine sechs wöchentliche Unterbrechung des Schulunterrichts im Winter zur Ersparung der in dieser Zeit nötigen Heizungsmengen, dafür werden die Herbstferien wegfallen;

die Zusammenlegung gering besuchter Oberklassen in den städtischen Schulen. Dagegen sollen die Arbeiten am Krankenhaus Roabit fortgesetzt werden. — Ueber die Einstellung des Baues des Krematoriums in der Dieselmeierstraße wurde die Beschlußfassung ausgesetzt. Endlich beschloß der Magistrat, einen Aufruf an alle städtischen Dienststellen, Beamten, Angestellten und Arbeiter, auf allen Gebieten größte Sparsamkeit zu halten, um wenigstens die notdürftige Aufrechterhaltung der städtischen Haushaltswirtschaft zu ermöglichen.

Wie eine Berliner Korrespondenz erfährt, hat dieser Beschluß einstweilen nur prinzipielle Bedeutung. Eine besondere Kommission wird in den nächsten Tagen dann die näheren Einzelheiten über die Stilllegung der Bauten festlegen. Der Bau der Nord-Südbahn wird durch diesen Beschluß keinesfalls berührt. Im wesentlichen dürfte es sich um Vergrößerungsarbeiten von Bezirksämtern und sonstigen städtischen Verwaltungsgebäuden handeln.

Das Rattengift in der Brotsuppe.

Mordversuch einer Fünfzehnjährigen.

Ein erschütterndes Bild von dem Weg eines Proletariatskindes erhielt man gestern in einer Verhandlung, die vor der Ferienkammer des Landgerichts III gegen die erst 15 Jahre alte Clara Behmann wegen versuchten Mordes in zwei Fällen und wegen Diebstahls stattfand.

Nach den Ermittlungen der Berliner Zentrale für Jugendfürsorge ist die L. das Opfer unglücklicher Bohn- und Familienverhältnisse. Ihre Eltern hausten in einer Laube in der Hungerheide, wo das Kind mit den anderen Geschwistern vollkommen unbeaufsichtigt und sich selbst überlassen aufwuchs. Wiederholt kam es vor, daß das Mädchen, weil es vor Schmutz und Ungelegenheit starrte, aus der Schule heimgeschickt wurde, um sich zu säubern, oder daß es übernachts während des Unterrichts einschlieft, da es eine Ballettschule besuchte und die halbe Nacht tanzen mußte. Alle möglichen Stellen, die die Behmann nach ihrer Schulzeit annahm, wechselte sie schon nach Tagen, da sie nirgends genug Geld verdiente. Schließlich beschloß sie die Jugendfürsorge mit diesem völlig hilflosen und verwahrlosten Geschöpf und brachte es zu einem Asozieten B. in Verneuchen als Dienstmädchen. Dort wurde die L. von der Köchin scharf hergenommen. Ein kleiner Diebstahl gegen ihren Brotherrn — sie hatte 200 M. entwendet — hatte auch nicht gerade dazu beigetragen, das Mädchen besonders liebevoll zu behandeln, und aus diesen Gründen tauchte in ihr der ungeheuerliche Gedanke auf, sich zu rächen und die Apothekerfamilie nebst der Köchin zu vergiften. Mit Rattengift vergiftete sie die Abendsuppe, und nur dem Umstande, daß der Apotheker sofort beim ersten Bissen der Brotsuppe merkte, daß hier etwas nicht in Ordnung sei, verdankte er, seine Angehörigen und die Köchin das Leben. Gegen die L. war eine Verhandlung in dieser Sache schon der Vertagung anheimgefallen, da sie auf Antrag ihres Verteidigers Rechtsanwalt Grünwald zunächst von dem Sanitätsrat Dr. Leppmann auf ihren Geisteszustand beobachtet werden sollte. Sanitätsrat Dr. Leppmann befandete in der gestrigen Verhandlung, daß die Angeklagte ein bedauernswertes erblich belastetes Geschöpf sei, das kindisch und willens-

Sachawachiaf der Eskimo.

Von Einar Mikkelson.

Die Schiffe gehen auf Fang mit Nuwuk als Station. Sie kreuzen vor dem Packeis, an jeder Mastspitze einen Auslug, von dem scharfsichtige Männer den Blick unaufhörlich über das Meer gleiten lassen, und wehe dem Wal, der in ihren Gesichtsfeld kommt. Er bläht! — das ist das Signal zum Beginn der Jagd; der Kapitän an den Mast, die Boote werden auf Reilingshöhe hinabgelassen, die Maschine stoppt, und nur mit den Segeln wird auf den nichtsahnenden Wal zu manövriert. Ein Kommando fällt von der Mastspitze: „abfieren“ — sechs Boote tauchen gleichzeitig ins Wasser, schießen von der Schute los, den Harpunierer am Steven, den Bootsmann am Heck, acht Mann an den Rudern.

Ein wenig seebefahrener Mann hat Angst, springt, aber zu spät, fällt zwischen Schute und Boot. Eine Sekunde, und man hätte ihn aufgefischt — aber nein — der Wal ist unersehlich, der Seemann nicht — oder man kann ihn jedenfalls entbehren, und das Boot schießt fort. Klüchen seine Kameraden darüber, wird nicht beantwortet, und bekommen sie Antwort, ist sie klar und deutlich, nicht mißzuverstehen: „Rudert weiter, Kerls, und haltet's Maul; es gibt genug Seeleute.“

Ist der Wal gefangen, wird er an die Küste buagiert, wo stets mehrere Schiffe liegen, deren Besatzung eifrig damit beschäftigt ist, dem mächtigen Tier den Kopf abzuschneiden, ihn an Bord zu werfen und die Partien auszufösen. Dann wird der Körper abgezogen, der Speck in Stücke gehackt und in große Tanks oder Tonnen gestopft, während man den zentnerschweren Körper treiben läßt; das Schiff macht klar, die Boote werden gehiebt, der Anker aufgehoben, und mit wehender Flagge und unter dem Wellen der Dampfpeise tritt die Schute wieder in See, auf Jagd nach dem kostbaren Wal.

Aber der Sommer vergeht — er ist kurz in Nuwuk. Die Sonne geht niedrig am Himmel, wärmt nicht mehr, vermag nicht mehr die großen Schneehaufen, die auf dem Lande liegen, zu schmelzen.

Nachkommen die Schiffe nach der Küste mit Walfischen im Schlepptau, aber vereist. Außen am Schiff ist Eis, und das Deck ist unter Eis und Blut begraben; die Talsäge hängt rollend Reif, und jedesmal, wenn die Besatzung ein Tau an-

rührt, fallen große Eiszapfen krachend auf Deck. Die Segel sind steif gefroren und die Stimmung unter den Leuten ist sehr schlecht; immer frieren sie, sind unterernährt und werden Tag und Nacht geschunden.

Aufrührerische Stimmen werden laut — aber im Achter wimmelt das Schiff von Vorgesetzten — eine Handspate an den Kopf, das hebt die Laune — ein Schuh, wenn nichts anderes hilft — und am Abend sitzen Kapitän und Steuermann über den Kajütenisch gebeugt und malen ins Journal: Matrose John Brown starb heute nach dreitägiger, heftiger Lungenentzündung!

Eines Tages fest sich das Eis am Lande fest, es wird im Ernst jetzt Herbst. Schiff auf Schiff hat den Fangplatz verlassen und ist südwärts gegangen, nach milderen Himmelsstrichen; aber der Rest der Flotte hat immer noch einen guten Fang und bleibt bei Nuwuk, bis der Luftinhalt unmöglich wird.

Ein Schiff wird vom Eis zerquetscht, und die Besatzung auf die anderen Schuten verteilt; aber als die Eskimos eines Morgens aufwachen, sehen sie den Walfischfänger „Bowhead“ weit auf Land gefeht mit zerlumelter Steuerbordseite. Potter, der Kapitän, ist noch betrunken, so betrunken, daß er immer noch auf der Brücke steht und navigiert; er brüllt Befehle in den schneidenden Wind über das totgeweilte Schiff hin, die Leute arbeiten, er glaubt, sie führen seine Befehle aus, aber so retten nur ihr Leben und lassen den Kapitän stehen. Er hat es verdient. Dreimal hat ihn der Steuermann gewarnt, das Eis sehe sich an Land fest, beim vierten Male versuchte er den Berrückten zur Vernunft zu rütteln. „Was sagst du, Steuermann, das Eis kommt? Laß es nur kommen — was geht das mich an, ich war ja zuerst hier!“ Und dann schloß er sich mit seinem Abistpfah ein, während die Schute auf Land lief und Vermögen verloren gingen.

Nun ist es Zeit, fortzukommen, wenn Gut und Schiff geborgen werden sollen. „Bowheads“ Besatzung wird auf die übrigen, jetzt weit übermannen Schiffe verteilt, und dann schiebt die Flotte südwärts, verschwindet im Schneegestöber.

Zurück in dem alten Nuwuk bleiben die Eskimos, der Winter hat angefangen, und man ist nur schlecht gerüstet — das Leben mit den Walfischfängern hat seine Spuren hinterlassen — die letzten Spiritusdünste sind noch nicht verdammt, aber Schlimmeres hat sich ereignet, weit, weit Schlimmeres. Das Zusammenleben mit den Walfischfängern hat

Krankheiten für Männer und Frauen gebracht, Krankheiten, welche die Eingeborenen wohl von früheren Besuchen her kannten, aber gegen die sie kein Heilmittel besaßen.

Die Schiffe waren fort, der Herbst fing an, aber man war nicht mehr allein wie vorher — drei weiße Männer hatten sich an dem Wohnplatz niedergelassen. Zwei von ihnen waren Seeleute, die von der Flotte ausgerückt waren, sich an Land versteckt hatten, aber nun zum Verscheln kamen, sicher, daß die Strafe sie nicht mehr erreichen konnte. Sie hießen Jim Hadlett und Joe. — „Schwarzzer Joe“ hatten ihn seine Kameraden an Bord der Flotte genannt — „Schwarzzer Joe“ nannten ihn die Eskimos nun.

Der dritte Mann war von einer Art, die die Eskimos früher nicht gekannt hatten. Weiß war er und sprach die Sprache der Weißen, aber dann hörte auch die Ähnlichkeit auf. Die anderen, die beiden von den Walfischfängerschiffen, fluchten und schwuren, tranken und schlugen sich — aber er war still, ging friedlich umher und sprach mit den Eskimos. Er setzte sich zu den Frauen und spielte mit den Kindern, er trank nicht, im Gegenteil, man hatte ihn oft unverwundliche Worte zu angetrunkenen Walfischfänger-Seeleuten sprechen hören, und er hatte sie gehindert, den Eskimos Branntwein zu geben. Er brachte keine Krankheiten, kam aber oft in die Zelte der Kranken; er gab ihnen Medizin und verfluchte, die Verfehlungen seiner Landsleute wieder gutzumachen, und überall an der Küste sprachen die Eingeborenen von dem stillen Weißen. Ihre Jungen konnten seinen schweren Namen kaum bewältigen. — Missionär nannten sie ihn, sie glaubten, er hieße so, und erst lange danach lernten sie seinen richtigen Namen — Hastings, Erward mit Vornamen, Nuwuk's erster Missionär.

Und Ruhe kehrte auf dem Wohnplatz ein, während die Sonne immer tiefer sank. Die Eskimos — bis auf die Kranken — hatten fast die Ausschweifungen des Sommers vergessen und glaubten, daß alles wieder in denselben Gang kommen würde, wie in früheren Jahren; aber sie irrten sich, die Zivilisation hatte ihren Einzug in Nuwuk gehalten, ihre Pioniere hatten sich dort niedergelassen, eine neue Zeit sollte anbrechen.

Aus „Bowheads“ Brad hatten Jim Hadlett und der Schwarzzer Joe sich ein Haus gebaut, und fern von ihnen wohnte Dr. Hastings in Sachawachiaf's Iglu.

(Fortsetzung folgt.)

Wirtschaft

Ausländische Zahlungsmittel im inländischen Verkehr.

Der wirtschaftspolitische und der finanzpolitische Ausschuss des Reichswirtschaftsrats behandelte in einer gemeinsamen Sitzung am 13. September die Frage der Verwendung ausländischer Zahlungsmittel im inländischen Verkehr. Die Arbeitgebervertreter der Industrie erklärten, daß die Industrie für die richtige Kalkulation und Preisstellung einen festen Wertmesser brauche. Unter normalen Umständen ist das die Landeswährung. Jede Schwankung der Berechnungsgrundlage macht die Rechnung falsch, und die Preise enthalten dann entweder einen zu hohen Gewinn oder einen Verlust. Dies letzte war bei der Berechnung in Mark, die sich ständig entwertete, in den letzten Jahren der Fall und brachte die Erzeuger in die Gefahr, „Substanz“ und Betriebskapital zu verlieren. Diese Gefahr zeigte sich zunächst am deutlichsten bei der Verarbeitung von ausländischen Rohstoffen. Bei einer längeren Bearbeitungszeit reichte der auf Grund der Einkaufspreise für den Rohstoff in Mark berechnete Preis der Fertigware nicht mehr aus, um eine gleiche Menge Rohstoff vom Weltmarkt neu hereinzunehmen, weil die Mark inzwischen gesunken war. Solange die Entwertungsbewegung der Mark mäßig war, war es möglich, diese Verlustgefahr durch ein Devisentermingeschäft zu beseitigen. Das schnelle Abwärtsgehen der Mark in den letzten Monaten hat indes dem Devisentermingeschäft die Grundlage genommen, da für Käufe der sich entwertenden Mark auf Termin keine Nachfrage im Ausland mehr vorhanden ist. Die Banken haben also, wie ein Arbeitgebervertreter der Banken in der Verhandlung auch ausführte, das Devisentermingeschäft einstellen müssen. Der Bearbeiter von Auslandsrohstoffen mußte sich also auf andere Weise gegen die in den Schwankungen der Mark liegende Verlustgefahr schützen. Man ging schließlich zur Berechnung des Preises entweder in Goldmark oder in Papiermark unter Bezugnahme auf einen bestimmten Devisenkurs oder in ausländischer Währung über. Bei einer derartigen Berechnung fällt das in den Schwankungen der Mark liegende Risiko fort. Auch die Steigerung der Löhne und Löhnen, die meist hinter der Entwertung zurückbleibt, ist in einem solchen Goldpreis von vornherein ausgeschlossen. Die Benutzung eines festen Wertmessers als Rechnungsgrundlage bedingt nicht etwa die tatsächliche Zahlung in Auslandswährung. Die Zahlung kann vielmehr zum Wechselkurs des Zahlungstages in Papiermark erfolgen. Als Zahlungsmittel muß die Mark im Inlandsverkehr erhalten bleiben.

Die Notwendigkeit einer festen Rechnungsgrundlage für die Wirtschaft wurde von allen Seiten anerkannt. Doch wurde von Vertretern des Einzelhandels, der freien Berufe und der Reichsregierung hervorgehoben, daß eine feste Rechnungsgrundlage nicht aus dem Ausland hereingenommen werden kann, sondern auf nationalem Boden aufgebaut werden muß. Die Verwendung ausländischer Sorten im Zahlungsverkehr wurde unbedingt abgelehnt. Als wertbeständiges Zahlungsmittel wurde von einem Vertreter des Einzelhandels die Ausgabe von Goldschmuck in Form von Goldbarren und außerdem die Einführung eines Goldzirkularkurses seitens der Reichsbank vorgeschlagen, ohne daß der Vorschlag indes aufgegeben wurde. Die Berechnung in ausländischer Währung bei solchen Waren, die vorwiegend ausländische Rohstoffe enthalten, wurde genehmigt. Diesem Standpunkt schlossen sich im wesentlichen auch die Vertreter der Verbraucher und der Arbeiter an. Die Arbeitnehmer betonten dabei, daß bei fortschreitendem Gebrauch eines festen Wertmessers in der Wirtschaft auch die Bezüge der Lohn- und Gehaltsempfänger in Goldwerten berechnet werden müßten. Dieser Standpunkt wurde von allen Seiten durchaus anerkannt, nur der Ansicht entgegengetreten, als ob damit die Löhne auch auf die Höhe der Weltmarktlöhne steigen müßten, da z. B. Mieten, Verkehrsgebühren, Brotpreis und Preise von Waren aus deutschen Rohstoffen unter dem Weltmarktpreis liegen. Vielleicht ließe sich ein Verbandsrat unter Berücksichtigung eines normalen Goldverkaufspreises finden, wodurch die käuflichen Tarifverhandlungen in Fortfall kämen. Während die Arbeitnehmer ein Verbot der Verwendung ausländischer Zahlungsmittel im Inlandsverkehr für angebracht hielten, war die große Mehrheit der Ansicht, daß man es den freien

Gegen Wucher und Teuerung Massenkundgebung

am Freitag, den 15. September, abends 7 Uhr
in folgenden Lokalen:

- Mitte: Müllerstraße, Kaiser-Wilhelm-Str. 31.
- Tiergarten: Moabiter Gesellschaftshaus, Widenstr. 24.
- Wedding: Tharnerstraße, Müllerstr. 142.
- Prenzlauer Berg und Weißensee: Bölow-Brauerei, Prenzlauer Allee.
- Friedrichshain: Prachtstraße des Oikens, Frankfurter Allee 48.
- Charlottenburg: Leibniz-Oberrealschule, Schillerstr. 127.
- Spandau: Kochs Bismarckstraße, Feldstr. 51.
- Wilmersdorf: Lokal Rohr, Kaiserallee 51/52.
- Zehlendorf/Wannsee: Kaiserhof, Zehlendorf, Potsdamer Str. 3.
- Schöneberg/Friedenau: Hohenzollernschule, Schöneberg, Martin-Luther-Str. 22/23.
- Steglitz: Leseum 1, Rottensburger Str.
- Tempelhof/Mariendorf: Realgymnasium, Kaiserin-Augusta-Straße in Tempelhof.
- Neukölln/Kreuzberg: Schulheiß-Restaurant, Hasenheide (Wintergarten).
- Treptow: Wirtschaft Coreley in Niederschöneweide, Berliner Straße 101.
- Köpenick: Stadttheater.
- Friedrichshagen: Schröders Gesellschaftshaus, Friedrichstr. 38.
- Lichtenberg: Realgymnasium, Parkaue.
- Pankow: Lokal Lindner, Breite Straße.
- Reinickendorf: Strandlochl in Tegel.

Referenten der SPD.: Heinrich Bahse, M. d. L., Erwin Barth, Robert Becker, Bernstein, M. d. R., Frau Böhm-Schuch, M. d. R., Dr. Cassan, Karl Fromke, Peter Graßmann, Karl Heischold, Albert Heisch, Frau Gertrud Hanna, M. d. L., Simon Rahenfeld, Dr. Lohmann, Hermann Lödewann, M. d. L., Frh. Müntner, Reinhold Ortman, Frh. Schlegel, Georg Udo, Dr. Zehlin.

Referenten der USPD.: Eard, M. d. L., Ernst Fischer, Freund, M. d. L., Henke, M. d. R., Dr. Herk, M. d. R., Keffler, O. Maler, M. d. L., Waldorf Manasse, Mieli, Dr. Moses, M. d. R., Nemitz, Reuter, Richter, M. d. L., Rosen, A. Schneider, Illmer, M. d. L., Dr. Wehl, M. d. L., Zimmermann, Jiska.

Frauen, Arbeiter, Angestellte und Beamte, erhebt in Massen!

Bezirksverband Berlin SPD.
Bezirksverband Berlin-Brandenburg USPD.
Gewerkschaftskommission Berlin u. Umgegend.

Bereinigungen der Wirtschaftverbände überlassen soll, die richtigen Maßnahmen zu treffen.

Schließlich einigte man sich einstimmig auf eine Entscheidung, wonach beim Verkauf von Waren aus deutschen Rohstoffen eine Berechnung in Auslandswährung nur für die Ausfuhr erfolgen darf. Bei Verkauf von Waren, bei denen ausländische Rohstoffe in erheblichem Maße verwendet sind, soll Berechnung in ausländischer Währung im Inlandsverkehr entsprechend dem Anteil an Auslandsrohstoffen gestattet sein. Doch darf die Zahlung im Inlandsverkehr nur in Reichsmark verlangt werden. Die Abstellung eingetragener Mißstände müsse vor allem in der Herabsetzung der Produktion, in der Verringerung überflüssiger Einfuhr und überflüssigen Verbrauchs und in der dadurch dauernd erreichbaren Verbesserung unserer Zahlungsbilanz gesucht werden. Die erforderlichen Maßnahmen sollten zunächst durch freie Vereinbarungen der an Erzeugung, Absatz und Verbrauch beteiligten Verbände ergriffen werden. Die Regierung werde zum

Schluss gebeten, auf die Verbände in diesem Sinne einzuwirken und die bestehenden Bestimmungen zur Eindämmung der Zahlungen mit ausländischen Zahlungsmitteln auf das unbedingt notwendige Maß mit aller Schärfe zur Anwendung zu bringen und nötigenfalls zu ergänzen.

Wiederherstellung des Bankgeheimnisses? Der Wirtschaftspolitische und Finanzpolitische Ausschuss des Reichswirtschaftsrats nahm mit 19 gegen 9 Stimmen bei einigen Enthaltungen folgenden Antrag an: „Im Interesse unserer wirtschaftlichen Lage ist die Wiederherstellung des Bankgeheimnisses insofern erforderlich, daß die Auskunftspflicht der Kreditinstitute auf die Fälle eines eingeleiteten Steuerstrafverfahrens beschränkt wird. Hand in Hand damit hat die Aufhebung des Depotwanges zu gehen.“

Die Bekämpfung des wilden Devisenhandels. In Köln verhaftete die Kriminalpolizei 25 sogen. Devisenfreihändler. Etwas 1/2 Millionen vorgefundener Gelder konnte beschlagnahmt werden. Die Kriminalpolizei hat eine dauernde Börsenbeobachtung eingerichtet.

360fache Fülle. Für die Zeit vom 20. bis einschließlich 28. September 1922 beträgt das Goldmarkaufgeld 35 900 v. G.

Julius Schultheiß-Pöschel. Der Vertrag über die Interessengemeinschaft zwischen der Pöschelbräu A.-G. und der Schultheiß-Pöschel A.-G. ist nunmehr perfekt geworden. Nach dem Vertrag werden die Gewinne beider Gesellschaften schließendlich verteilt. Die Selbständigkeit der Pöschelbräu A.-G. wird nach jeder Richtung gewahrt; ebenso wird auf die bayerischen Sonderverhältnisse Rücksicht genommen. Dem Aufsichtsrat der Pöschelbräu A.-G. gehört u. a. Dr. Sobernheim, Generaldirektor der Schultheiß-Pöschel A.-G. an. Dafür tritt Geheimrat Josef Pöschel in den Aufsichtsrat der Schultheiß-Pöschel A.-G. ein.

Höchstpreise für Fichtenholzschliff. In den nächsten Tagen wird durch eine Verordnung des Reichswirtschaftsministers für Fichtenholzschliff aller Art mit Wirkung vom 1. September 1922 ein Höchstpreis festgelegt: 2750 M. je 100 Kubikmeter, 88:100, ab Vorkantanten überliegen den durch amtliche Nachprüfungen der Feststellungsstellen als angemessen ermittelten Betrag erheblich. Die Höchstpreise für Fichtenholzschliff sind ein erster Versuch, die Herstellung des Druckpapiers zu verbilligen.

Devisenkurse.

	14. September		13. September	
	Käufer (Gold-Mark)	Verkäufer (Einfuhr-Mark)	Käufer (Gold-Mark)	Verkäufer (Einfuhr-Mark)
100 holländische Gulden	50825.10	59974.90	61922.50	62077.50
1 argentinischer Papier-Peso	551.80	553.20	571.77 1/2	573.22 1/2
100 belgische Franc	11011.20	11038.80	11485.90	11514.40
100 norwegische Kronen	25717.80	25782.20	26541.75	26608.25
100 dänische Kronen	32709.05	32709.05	33057.50	34042.50
100 schwedische Kronen	40848.85	40951.15	42247.10	42882.90
100 finnische Mark	3405.70	3414.90	3470.65	3479.85
1 japanischer Yen	734.05	735.95	769.—	771.—
100 italienische Lire	6441.90	6458.10	6706.50	6783.50
1 Pfund Sterling	6841.40	6858.60	7081.10	7068.90
1 Dollar	1553.05	1558.95	1598.—	1602.—
100 französische Franc	11635.40	11664.60	12159.75	12190.25
1 brasilianischer Milreis	193.75	194.25	212.23	212.77
100 Schweizer Franc	28813.90	28896.10	30057.80	30103.20
100 spanische Pesetas	23270.85	23329.15	24469.33	24530.65
100 österr. Kronen (abgest.)	1.98	2.03	2.03	2.07
100 tschechische Kronen	5193.50	5200.50	5293.33	5306.65
100 ungarische Kronen	90.42	90.58	92.92	93.08
100 bulgarische Letva	928.80	931.20	993.75	1001.25

100 Polenmark galten gestern etwa 23 M.
Weiter bis Sonnabend mittag. Kühler, gelblicher Regen, aber sehr unbeständig mit wiederholten, besonders im Norden ergeblichen Regenschauern und Trüben, anfangs südwestlichen, später nordwestlichen Winden.

Hermann Koester
Kochgeschirr, 2 Uhr verheiratet
Im warmen Anzug!
Berechnung am Sonnabend 4 Uhr auf dem Friedhof
Klante 1000, Euthstraße
Rege Beteiligung erwartet die 600 Wkt.-Stg.

Verein Berliner Buchdrucker u. Schriftgießer
Die Stimmzettel und Anverso für die Wahl von vier Beisitzern zum Verbandsvorstande sind vom Freitag, den 15. d. M., nachmittags, ab von der Verwaltung abzuholen. Im Betracht kommen Betriebe von 20 und mehr Mitgliedern. Betriebe unter 20 Mitgliedern erhalten das Material von den Rollenbetreibern zugestellt.
Die Stimmzettel sind zuwertig und verschlossen bis Sonnabend, den 21. Sept., auf der Verwaltung oder bis Montag, den 25. Sept., abends 6 Uhr, im Restaurant Hennig, Alexanderstraße 44, abzugeben 25/14
Der Geworkeverband.

Verein der Freidenten für Feuerbestattung e.V.
Gegründet 1905 :: Sitz in Berlin
Geschäftsstelle: Berlin N.D. 18, Friedenstr. 60
Sonnabend von 8 bis 4 Uhr.
Sonnabends von 8 bis 1 Uhr.
Telefonnummer: Berlin N.D., Nr. 18067.
Fernsprecher: Amt Köpenick Nr. 711.
Bezirks-Versammlungen:
Bezirk 6 (Halleisches Tor): Donnerstag, den 21. September, abends 7 1/2 Uhr, in den Hohenhaufen-Gärten, Rothbuser Damm 75 (oberer Saal).
Bezirk 7 (Charlottenburg): Dienstag, den 19. September, abends 8 Uhr, im Schüler-Realgymnasium, Schillerstr. 28.
Bezirk 14 (Neukölln, Reich, Rudow, Hasenheide): Freitag, den 15. Sept., abends 7 Uhr, bei Kilians, Hasenheide (ex. Saal).
Bezirk 16 (Weißensee, Hohenzollernschule, Mariendorf, Fichtenberg, Waldow): Montag, den 18. Sept., abends 7 1/2 Uhr, in Weißensee, Realgymnasium, Weid-Prömenade 183-7.

Metall
Kupfer, Messing, Blei, Zink etc.
Metall-Kauf
Königsplatz 27
zahltag Tagespreise f. Messing, Kupfer, Blei, Zink etc.

Alfa
Unantbehrlich in Haus, Werkstatt, Fabrik.
Henkel & Cie. Düsseldorf

Sommer
wie Winter gebrauche nur
Schutzputz Nigrin
Schwarz, braun, gelb u. weiß
Generalvertretung und Lager: Adolf Reimschüssel, Berlin S 42, Luisenpark 40.

A. DAMITT
Kleider, Anzüge, Schläpfer, Anzüge, Ulster, Schläpfer, Gummi-Mäntel, Damen-Konfektion, Möbel-Einrichtungen in 4 Etagen
Rosenthalerstraße 16-17.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin S 54, Lützenstraße 83/85.
Geschäftszeit vorm. 9 Uhr bis nachm. 4 Uhr.
Telephon: Amt Norden 833, 834, 835, 836.
Wahrung! Silberarbeiter. Wahrung!
Sonnabend, den 16. September, nachmittags 3 Uhr, im „Dresdener Garten“, Dresdenstr. 45:
Versammlung
der Silberarbeiter u. -arbeiterinnen.
Tagesordnung: Bericht von den Verhandlungen.
Das Erscheinen aller Kollegen ist Pflicht.
Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt!
125 5 Die Ortsverwaltung.

Seit 70 Jahren
ist San.-R. Haussalbe bei Haut-Dr. Strantz Haussalbe ausschl., Flechten, Bein- und Krampfaderngeschwüren, Frostschäden, Hämorrhoiden ein bewährtes und schnellheilendes Mittel. Original-Dose 57.— und 105.— M.
Elefanten-Apotheke
Berlin SW 213, Leipziger Str. 74, Dönhofspl.

Platin-, Gold- und Silberbruch
Zahngelisse, Uhren, Ketten, Klänge sowie sämtl. **Altmetalle** kauft zu Engrospreisen
Roseneck, Berlin O.
Schreinerstraße 22 (Laden)
1 Minute vom Hbf. Frankf. Allee
Fahrgeldverütung
Größtes Abstraggebiet für Händler

Gummi
Sauger 3 und 5 M., durchlöcherig 6 und 9 M.
Schwämme von 4 M. an, Waren aller Art, sehr billig.
Damenbinden 25, 30 u. 40 M., Gürtel dazu 2, 6 bis 30 M.
Verbandstoffe 100 gr 30 M., Mullbinden 6 m x 6 cm, 4 M., Fieberthermometer, gerührt, 40 u. 60 M., Bade- u. Zimmer-Thermometer 10 M., Dreigleisler sehr billig, hochweine Parfümerien von 6 M. an, Eau de Cologne, 12, 10 u. 60 M., Rasierwasser von 12 M. an, Hautcreme 3 und 6 M., Zahnpasta gr. Tube 6 u. 15 M., Zahnpulver 1 u. 4 M., Inlettpulver 1 M., Kaugummi 150 M., Waschlösung 1 M., Handseife sehr billig, Toiletenseife von 7, 20 M. an, Seife 100 u. 200 M., Mundwässer-Tabletten 10 M., 20 M., 30 M., 40 M., 50 M., 60 M., 70 M., 80 M., 90 M., 100 M., 110 M., 120 M., 130 M., 140 M., 150 M., 160 M., 170 M., 180 M., 190 M., 200 M., 210 M., 220 M., 230 M., 240 M., 250 M., 260 M., 270 M., 280 M., 290 M., 300 M., 310 M., 320 M., 330 M., 340 M., 350 M., 360 M., 370 M., 380 M., 390 M., 400 M., 410 M., 420 M., 430 M., 440 M., 450 M., 460 M., 470 M., 480 M., 490 M., 500 M., 510 M., 520 M., 530 M., 540 M., 550 M., 560 M., 570 M., 580 M., 590 M., 600 M., 610 M., 620 M., 630 M., 640 M., 650 M., 660 M., 670 M., 680 M., 690 M., 700 M., 710 M., 720 M., 730 M., 740 M., 750 M., 760 M., 770 M., 780 M., 790 M., 800 M., 810 M., 820 M., 830 M., 840 M., 850 M., 860 M., 870 M., 880 M., 890 M., 900 M., 910 M., 920 M., 930 M., 940 M., 950 M., 960 M., 970 M., 980 M., 990 M., 1000 M.
Ganzbillig 4 M., Bonade 2, 5, 10 M., Brillantine 4, 10, 20 M., Feinschminkteller 1 M., 2 M., 3 M., 4 M., 5 M., 6 M., 7 M., 8 M., 9 M., 10 M., 11 M., 12 M., 13 M., 14 M., 15 M., 16 M., 17 M., 18 M., 19 M., 20 M., 21 M., 22 M., 23 M., 24 M., 25 M., 26 M., 27 M., 28 M., 29 M., 30 M., 31 M., 32 M., 33 M., 34 M., 35 M., 36 M., 37 M., 38 M., 39 M., 40 M., 41 M., 42 M., 43 M., 44 M., 45 M., 46 M., 47 M., 48 M., 49 M., 50 M., 51 M., 52 M., 53 M., 54 M., 55 M., 56 M., 57 M., 58 M., 59 M., 60 M., 61 M., 62 M., 63 M., 64 M., 65 M., 66 M., 67 M., 68 M., 69 M., 70 M., 71 M., 72 M., 73 M., 74 M., 75 M., 76 M., 77 M., 78 M., 79 M., 80 M., 81 M., 82 M., 83 M., 84 M., 85 M., 86 M., 87 M., 88 M., 89 M., 90 M., 91 M., 92 M., 93 M., 94 M., 95 M., 96 M., 97 M., 98 M., 99 M., 100 M.
H. Wiese, Juwelier
Berlin N., Artilleriestr. 20
Berlin W., Passauer Str. 12
Ausführliche Preisliste nach außerhalb gegen Rückporto.
Garantieschein für gereinigtes Goldinhalt
Telegr.-Adr. Trauringen Berlin.

Ausbau der Kinderfürsorge
durch die Gemeinde von Dr. Selma Schäfer-Auweck
Eine notwendige Schritt für Behörden und Ausschüsse, Lehrer und Erzieher, wie überhaupt für alle, die sich in der Wohlfahrtspflege betätigen.
Preis 11.25 Mk.
Buchhandlung Vorwärts
Berlin SW, Lindenstr. 2

Erfolg haben Inserate Vorwärts

Graue Haare
erhalten ihre ursprüngliche Farbe u. natürlich. Jugendglanz wieder durch unseren erprobten und bewährten **Haarfarbeprodukt „Youpla“**
Nur eine Flüssigkeit
Man sieht nicht, daß das Haar gefärbt ist. Frei von allen auf Kopfhaut u. Nerven schädlich einwirkenden Bestandteilen.
Rupp & Joseph, Parfümeriefabrik
Berlin W 59, Potsdamer Str. 127c

Möbelfabrik Rob. Seelisch
Berlin O 112, Higer Str. 71-73 u. 5 Min. von Hbf. Frankfurter Allee
empfiehlt zu bekannt billig. Preisen bei solider Ausfuhr.
Gegründet 1876
Komplette Schlafzimmer, Speisezimmer, Herrenzimmer, einfache und bessere Genres
Küchen farbig und naturfarbig in allen Preislagen

Leiterwagen
u. alle ander. Transportgeräte liefert billigst.
Großer Vorrat
Georg Wagner
Cöpenicker Str. 71, Ein Ladengeschäft.

Möbel
Bar :: Teilzahlung
Wohn-, Schlaf-, Speise-, Herrenzimmer sowie Einzelstuhl und farbige Küchen
kaufen Sie heute noch **billig**
weil ich noch ältere Lagerbestände besitze — Gekaufte Möbel können kostlos losgeren
BEISER Lohringer
Strasse 67.

Sommer
wie Winter gebrauche nur
Schutzputz Nigrin
Schwarz, braun, gelb u. weiß
Generalvertretung und Lager: Adolf Reimschüssel, Berlin S 42, Luisenpark 40.
Möbelfabrik Rob. Seelisch
Berlin O 112, Higer Str. 71-73 u. 5 Min. von Hbf. Frankfurter Allee
empfiehlt zu bekannt billig. Preisen bei solider Ausfuhr.
Gegründet 1876
Komplette Schlafzimmer, Speisezimmer, Herrenzimmer, einfache und bessere Genres
Küchen farbig und naturfarbig in allen Preislagen
Leiterwagen
u. alle ander. Transportgeräte liefert billigst.
Großer Vorrat
Georg Wagner
Cöpenicker Str. 71, Ein Ladengeschäft.
Möbel
Bar :: Teilzahlung
Wohn-, Schlaf-, Speise-, Herrenzimmer sowie Einzelstuhl und farbige Küchen
kaufen Sie heute noch **billig**
weil ich noch ältere Lagerbestände besitze — Gekaufte Möbel können kostlos losgeren
BEISER Lohringer
Strasse 67.

Kleide Dich billig, elegant!
im Leihhaus Moritzplatz 58a
Jackett-Anzüge, Cutaways, Schläpfer
Damen-Kostüme, Mäntel, Wäsche, Teppiche, enorm billig! Pelzwaren: Kreuzfücher, Zobelhäuse, Blau-, Silberfücher, Skunks, White, Luchse, Sportpelze, Gebpelze, Pelzmäntel, Keine Lombardwaren.

Theater, Lichtspiele usw.

Gpernhaus
6 Uhr:
Tristan und Isolde

Volksbühne
7 1/2 Uhr:
Kasse Mensch

Schauspielhaus
7 1/2 Uhr:
Torquato Tasso

Deutsch. Theat.
7 1/2 Uhr: Der Vater
8 1/2 Uhr: Das Glas Wasser

Kammerspiele
7 1/2 Uhr: Der Schattenfischer
8 1/2 Uhr: Die Jungfer vom Bischenberg

Gr. Schauspielh.
(Karlstraße)
7 1/2 Uhr: Orpheus in der Unterwelt
8 1/2 Uhr: Orpheus in d. Unterwelt
Sonntag, d. 17., 2 1/2 Uhr: Orpheus in der Unterwelt

Die wunderlich-Geschichten des Kapellmeisters Kreisler im Th. L. & K. Königplatz 11, 12, 13, 14, 15, 16, 17, 18, 19, 20, 21, 22, 23, 24, 25, 26, 27, 28, 29, 30, 31, 32, 33, 34, 35, 36, 37, 38, 39, 40, 41, 42, 43, 44, 45, 46, 47, 48, 49, 50, 51, 52, 53, 54, 55, 56, 57, 58, 59, 60, 61, 62, 63, 64, 65, 66, 67, 68, 69, 70, 71, 72, 73, 74, 75, 76, 77, 78, 79, 80, 81, 82, 83, 84, 85, 86, 87, 88, 89, 90, 91, 92, 93, 94, 95, 96, 97, 98, 99, 100

Komödienhaus
8 1/2 Uhr: Karussell mit Maria Orska

Berliner Th.
7 30: Madame Pompadour
Fritzi Massary
a. G.
Roberts, Wrl, Harkel, Ander, Behmer, Hald, Holstein

Theat. a. Kottbus. Tor
Moritzplatz 10077
Jeden Abend 7 1/2 U. und Sonntag nachm. 3 Uhr

ELITE-Sänger
Volkspreis: 8 Uhr: D. kensche Lebensmann
Vorvkf. 11-19, u. 4-6

Residenz-Th.
Nach 2 Stunden
Carola Toebe
7 1/2 Uhr:
Hannele
9 Uhr: Fedora

Tranon - Th.
Täglich 8 Uhr:
Erika Giksoer
in
Sissi
Wilhelm Bendow
Hans Albers

UFA
15.-21. Sept. 1922

UFA-PALAST AM ZOO
Lampel-Vogelbandes

TAUENTZIEN-F
Sodomis Ende

KURFÜRSTEND. NOLLENDORF-PL.
Jugend

MOZARTSAAL
Linae Millorin

KAMMERLICHT
Unser gemeinschaftlicher Freund
Zweiter Teil

FRIEDRICHSTR.
Das verkaufte Herz

ALEXANDERPL.
Das Mädchen von Nancy

WEINBERGSW.
Der Taugenichts

SCHONEBERG
Unser gemeinschaftlicher Freund
Erster Teil

HASENHEIDE 28
Die Lüge eines Sommers

UFA

Der „Blaue Vogel“
Goltzstr. 9, Tel. Nollendorf 1613
Anf. 8 1/2 Uhr. Vorstell. allabendl.
Gemischtes Programm
zusammengestellt aus den besten Nummern des 1. u. 2. Programms.
Billetverkauf a. d. Theaterkasse v. 11 bis 2 Uhr u. v. 6 Uhr abends, auch an allen Theaterkassen.

Circus Busch
Sonntag, 16. September, abends 7 1/2 Uhr:
Eröffnung
der Winterzeit mit einer Fülle zirkusartiger Überraschungen.
Der Spielplan der Circus-Sensationen!
Atriumisches Reiterpiel.
Die lebenden Brückenkampfer.
Das Gehirn als Telefontastation.
Klassische hohe Schule.
Mensch oder Maschine?
Ein wirkliches Wunder.
Meisterdressuren Carl Hess.
Die gewaltige Circus-Sensation:
CHIT Aerob, der Luftkönig.
Das Klavier in den Zähnen.
Barbottent u. Schäffer, die Urkom.
Zum Schluss:
die entzückende Ballettschöpfung, entworfen von Paula Busch, einstudiert von Ballettmeister Riezel
Deifter Träume
Tanz-Phantasien in Blau-Weiß.
— Volksmäßige Eintrittspreise. —
Sonntag: 2 Vorstell. 3 u. 7 1/2 Uhr in beiden Vorstellungen der Eintrittspreise.
Nachm. 1 Kind frei!
Vorvkf. Wertheim u. Circuskassen.

Komödienhaus
Sonntag, 10. Male:
zum **100. Male**:
Das erfolgreiche Lustspiel
Karussell
mit
Maria Orska
Georg Alexander
Ernst Karchow

Kleines Th.
Täglich 8 Uhr:
Irene Triesch
in
Totentanz
Paul Biersfeld

Folies Caprice
Lützowstr. 132 (Strandstr. 70)
Tägl. 7 1/2 Uhr:
Madame Cocotte
Die Badewanne
Seehaven-Sonate
O diese Beine

WINDMÜHLEN
Varieté-Spielplan
Reuden gestiftet!

SOLO
Tägl. 8 Uhr
Internat.
Varieté
Sonntag 3.30 zu halben Preis, das volle Programm

B.T.L.
Postdamer Str. 25
Othello
Turmstr. 12
Wenn Frauenherzen bluten
Alexand.-Pl.-Pass.
Der Graf von Charolais
Friedensm. Baumstr. 11
Die Lüge eines Sommers

Reichshallen-Th.
Allabendl. 7 1/2 U. u.
Sonntag nachm. 11.
STETTNER SÄNGER
Wimmerstr. 10
in der Seestraße-Geb.
Sonnt. Ab. 8 Uhr. Privat

Zinn
Gold-, Silber-Bruch
Quecksilber
Stel. Kupfer, Platin usw. 1m
Lautz & Engroßhandl.
Scharnow, Lange Str. 33
am Schützenplatz
Lange Straße 90, Laden.

AMERICA

Kostenloser Führer Nr. 32
durch die Vereinigten Staaten.
Dieses Buch von 64 Seiten und mit 75 Illustrationen und Landkarten wird von den United States Lines auf Wunsch kostenlos versandt.
Es beschreibt das Wachstum Amerikas, die Bevölkerung, die Städte, Erzeugnisse, Eisenbahnen, Industrien und die zahlreichen Geschäftsmöglichkeiten.
Sie werden sich erfreuen an dem Inhalt dieses Buches, welches auch eine Beschreibung dieser sicheren und schnellen amerikanischen Regierungsdampfer enthält, mit ihrer vorzüglichen Küche, ihren reinen, gut ventilierten Zimmern und ihrem höchsten Komfort.

Auf Wunsch kostenlos, gleichviel ob eine Reise nach Amerika jetzt oder für später beabsichtigt ist. Deutliche Adressangaben erbeten.

UNITED STATES LINES

BERLIN W 8, Unter den Linden 1
NW 40, Invalidenstraße 93
und alle bedeutendsten Reisebüros.
General-Vertretung:
Norddeutscher Lloyd, Bremen.

FÜHRER
VEREINIGTEN STAATEN AMERIKA

Jedes Wort 10.-M. Das gedruckte Wort 12.-M. (zuzüglich 2 fettdruckte Worte). Stielgesuche und Schlafstellenanzeigen das erste Wort (fettgedruckt) 7.-M., jedes weitere Wort 5.-M. Worte über 15 Buchstaben zählen doppelt.

Kleine Anzeigen

Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 4 1/2 Uhr nachm. in der Haupt-Expedition des Vorwärts, Berlin SW 68, Lindenstraße 3, abgegeben werden. Geöffnet von 9 Uhr früh bis 5 Uhr nachm.

Verkäufe

Rezeptsche, Kleinfabrik, sämtliche
Gelecken, (postbillig Sommerpreis).
Reine Kombiwaren, Reibmasch. Koffein-
Tafeltrichter, Zylindertrichter, 200/204, 206
Koffeintrichter.

Wäsche, Wammüchlein, Wintermäntel,
Büchsenmäntel (postbillig Reibmasch.,
Reibmaschentrichter, 100 (Reibtrichter),
Reine Kombiwaren.

Wäsche, Sommerpaletots, Sommer-
Mäntel, Sommerkleider, Cutomans, Geh-
schuhe, Socken, Damenmäntel, engra
billige Dreile, Feinwebstoffe, Reine
Kombiwaren, Reibmasch. Koffein-
Tafeltrichter, Zylindertrichter, 200/204,
206 Koffeintrichter.

Wäsche, Sommerpaletots, Sommer-
Mäntel, Sommerkleider, Cutomans, Geh-
schuhe, Socken, Damenmäntel, engra
billige Dreile, Feinwebstoffe, Reine
Kombiwaren, Reibmasch. Koffein-
Tafeltrichter, Zylindertrichter, 200/204,
206 Koffeintrichter.

Wäsche, Sommerpaletots, Sommer-
Mäntel, Sommerkleider, Cutomans, Geh-
schuhe, Socken, Damenmäntel, engra
billige Dreile, Feinwebstoffe, Reine
Kombiwaren, Reibmasch. Koffein-
Tafeltrichter, Zylindertrichter, 200/204,
206 Koffeintrichter.

Rezeptsche, Kleinfabrik, sämtliche
Gelecken, (postbillig Sommerpreis).
Reine Kombiwaren, Reibmasch. Koffein-
Tafeltrichter, Zylindertrichter, 200/204, 206
Koffeintrichter.

Wäsche, Wammüchlein, Wintermäntel,
Büchsenmäntel (postbillig Reibmasch.,
Reibmaschentrichter, 100 (Reibtrichter),
Reine Kombiwaren.

Wäsche, Sommerpaletots, Sommer-
Mäntel, Sommerkleider, Cutomans, Geh-
schuhe, Socken, Damenmäntel, engra
billige Dreile, Feinwebstoffe, Reine
Kombiwaren, Reibmasch. Koffein-
Tafeltrichter, Zylindertrichter, 200/204,
206 Koffeintrichter.

Wäsche, Sommerpaletots, Sommer-
Mäntel, Sommerkleider, Cutomans, Geh-
schuhe, Socken, Damenmäntel, engra
billige Dreile, Feinwebstoffe, Reine
Kombiwaren, Reibmasch. Koffein-
Tafeltrichter, Zylindertrichter, 200/204,
206 Koffeintrichter.

Wäsche, Sommerpaletots, Sommer-
Mäntel, Sommerkleider, Cutomans, Geh-
schuhe, Socken, Damenmäntel, engra
billige Dreile, Feinwebstoffe, Reine
Kombiwaren, Reibmasch. Koffein-
Tafeltrichter, Zylindertrichter, 200/204,
206 Koffeintrichter.

Rezeptsche, Kleinfabrik, sämtliche
Gelecken, (postbillig Sommerpreis).
Reine Kombiwaren, Reibmasch. Koffein-
Tafeltrichter, Zylindertrichter, 200/204, 206
Koffeintrichter.

Wäsche, Wammüchlein, Wintermäntel,
Büchsenmäntel (postbillig Reibmasch.,
Reibmaschentrichter, 100 (Reibtrichter),
Reine Kombiwaren.

Wäsche, Sommerpaletots, Sommer-
Mäntel, Sommerkleider, Cutomans, Geh-
schuhe, Socken, Damenmäntel, engra
billige Dreile, Feinwebstoffe, Reine
Kombiwaren, Reibmasch. Koffein-
Tafeltrichter, Zylindertrichter, 200/204,
206 Koffeintrichter.

Wäsche, Sommerpaletots, Sommer-
Mäntel, Sommerkleider, Cutomans, Geh-
schuhe, Socken, Damenmäntel, engra
billige Dreile, Feinwebstoffe, Reine
Kombiwaren, Reibmasch. Koffein-
Tafeltrichter, Zylindertrichter, 200/204,
206 Koffeintrichter.

Wäsche, Sommerpaletots, Sommer-
Mäntel, Sommerkleider, Cutomans, Geh-
schuhe, Socken, Damenmäntel, engra
billige Dreile, Feinwebstoffe, Reine
Kombiwaren, Reibmasch. Koffein-
Tafeltrichter, Zylindertrichter, 200/204,
206 Koffeintrichter.

Unterricht

Stenographie, Buchhalterinnen,
Kontor- und Büroarbeiten bildet
aus Kaufmännische und gewerbliche
Tischlerinnen für Mädchen und Frauen
aus Johann Bergstr. 12, Wilmers-
dorf, Berlin, Sonnabend, 3-4 Uhr,
an Kottbuscherstr.

Vermietungen

Stilles Zimmer, Büroarbeits-
Räumchen, gefast, „West“, Büchsen-
straße 12, Wilmersdorf.

Verschiedenes

Rechts-Angebot für Klein- und
Wohnungsgeld (Belohnung, Räumung,
Bühnenbau), Gertrudenstr. 11 (Reitel-
hofstr.)

Rechts-Angebot für Klein- und
Wohnungsgeld (Belohnung, Räumung,
Bühnenbau), Gertrudenstr. 11 (Reitel-
hofstr.)

Rechts-Angebot für Klein- und
Wohnungsgeld (Belohnung, Räumung,
Bühnenbau), Gertrudenstr. 11 (Reitel-
hofstr.)

Arbeitsmarkt

Stellenangebote

Klempner verlangt Arbeit, Preis-
lauer 1000, 10014

Wegleitende für Klempner, Jung-
gehilfen 11 bis 7, Wilmersdorf bei
S. F. Horme, Mohrenstr. 64, nach
2 Treppen.

Tüchtige Hochdruckmonteure
und perfekte
Antogen-Schweißer
für große Montage-
und dauerhafte Arbeit
gefast.
Wohnung bei
H. Krantz
Reibmasch. Koffein-
Tafeltrichter, 200/204, 206
H. Krantz
Reibmasch. Koffein-
Tafeltrichter, 200/204, 206
Carl Wunderlich
Reibmasch. Koffein-
Tafeltrichter, 200/204, 206

Zeitungsboten
(Frauen und Männer)
werden zum 1. Oktober für Zonen
in Höhe Cindorfstraße eingeführt.
Wohnung von 9-5 Uhr.

Vorwärts-Verlag
Cludenstr. 3, Coblenz

Botenfrauen und Männer

Die letzten Jahre sind dreimal so hoch
als im Mai. Es helfen sofort ein folgende
Ausgaben:

Kellerstr. 174 (Kottbus-
Kottbusstr.)
Kottbusstr. 42
Kottbusstr. 1413
Kottbusstr. 20, 29
Oberdörfelstraße, Wilmersdorf, 5
Schöneberg, Reibmasch. Koffein-
Tafeltrichter, 200/204, 206
Tempelhof, Reibmasch. Koffein-
Tafeltrichter, 200/204, 206
Cindorfstr. 15 (Coblenz),
Cindorfstr. 15 (Coblenz),
Cindorfstr. 15 (Coblenz)

Weinberger Brunnenstr. 25
Schuh-Fabrik

Detailverkauf von Herren-, Damenstiefeln und -schuhen zu Fabrikpreisen.

Schule und Ministerium.

Von unterrichteter Seite wird uns aus Magdeburg geschrieben: Im Artikel 146 der Reichsverfassung sind in klarer, unabweisbarer Form den Kulturministerien Richtlinien gegeben zum Wiederaufbau der deutschen Schule nach dem Kriege. Im Absatz 1 dieses Verfassungsartikels ist die Einheitschule mit der Möglichkeit des Aufstieges der Begabten als Ziel des deutschen Schulneubaus vorgezeichnet. Die Stadt Magdeburg, die trotz der finanziellen Nöte der Städte, aller Überlieferung treu, auch in den schweren Zeiten der Jetztzeit ihre Reformfreudigkeit in die Tat umzusetzen sich bemüht, unternahm es zu Ostern dieses Jahres, eine Verteilung der Schüler nach der Begabung vorzunehmen. Drei Qualitätsklassen entstanden so für jeden Jahrgang. In den A-Klassen wird nach dem Plan für Mittelschulen mit zwei fremden Sprachen (Französisch und Englisch), in den B-Klassen mit nur einer Sprache (Französisch), in den C-Klassen nach dem Plan für gehobene Volksschulen unterrichtet. Mit dieser Anstellung ging die Einrichtung eines pädagogischen Instituts (Berufsbildung, Begabungsforschung, Fortbildung der Lehrer) und die Einrichtung gehobener Volksschulklassen Hand in Hand. Es war so der Stadt nicht nur möglich, den Gedanken der Einheitschule und des Begabtenaufstieges zu verwirklichen, vielmehr gelang es ihr auf diesem Wege auch, 110 Junglehrer und Junglehrerinnen zu beschäftigen, die sonst hätten entlassen werden müssen.

Um diese Reform finanziell sicherzustellen, war es notwendig, 85 Bürgerkullehrer, die die Mittelschullehrerprüfung nie abgelegt haben (die Bürgerkullehrer sind mittlere Schulen), an die Volksschule zu versetzen. Auf Grund eines bedingungslosen Vertrages, den die betroffenen Lehrkräfte bei ihrer Anstellung als Bürgerkullehrer unterschrieben hatten, glaubte die Stadt sich zu dieser Maßnahme berechtigt. Obwohl der Nevers auch den Verzicht auf etwaige geltende Vorteile ausdrücklich enthielt, nahm die Stadt aus Billigkeitsgründen von der Einlösung dieser Verpflichtung Abstand, garantierte also den Betroffenen die gesetzlichen Gehaltsbezüge nach dem Mittelschullehrer-Dienstvertragsgesetz. Trotzdem lief im Ministerium für Wissenschaft, Kultur und Volksbildung eine Beschwerde der Versetzten ein, die den Dienst an der Volksschule als Degradation und feindselige Marter bezeichnete.

Die Stellung des Ministeriums zu dieser Beschwerde liegt jetzt vor. Die Versetzungen sind aufzuheben. Damit ist der Stadt Magdeburg jede finanzielle Möglichkeit genommen, ihre Reformpläne weiterhin durchzuführen. Sie ist aber auch außerstande, weiterhin Junglehrer zu beschäftigen. 110 junge Lehrer und Lehrerinnen werden damit gegen den Willen der Stadt brotlos gemacht, von denen 54 fristlos entlassen werden müssen. Welchen sie überhaupt eine Stellung in anderen Verufen, was sehr, sehr zweifelhaft ist, dann nur als ungelernete Arbeiter bei niedriger Entlohnung.

Einer Stadt also, die in der Durchführung des Art. 146 I die Führung zu übernehmen gewillt ist, wird durch einen Federstich des „Kultus“ministeriums die Möglichkeit dazu genommen. Eine Stadt, die ihre Klassenfrequenzen niedrig zu halten sucht, um Hochziele zu erreichen und, soweit es in ihren Kräften steht, dem Junglehrerstand zu steuern, wird mit demselben Federstich gezwungen, die Besetzung der Klassen heraufzulegen, die Kinder zusammenzuführen und 110 Junglehrern den Brotverdienst zu nehmen. Und das alles um einer Beschwerde von 85 Bürgerkullehrern willen, denen der Unterricht in einer Volksschule feindselige Marter bedeutet. So steht das Wiederaufbauprogramm des Preussischen Kultusministeriums aus. Städte und Eltern, laßt Euch warnen!

Englands Ostensorgen.

London, 14. September. Große Bedeutung wird dem morgen unter dem Vorsitz von Lord George stattfindenden Kabinettsrat beigemessen, der sich mit der Frage des nahen Ostens befassen soll.

Einer Neutermidung zufolge fährt heute abend ein Bataillon Infanterie aus Malta nach Konstantinopel ab, während sich weitere britische Truppen in Bereitschaft halten. Mit dem Eintreffen dieses Bataillons wird die britische Besatzungsmacht in Konstantinopel aus sechs Bataillonen Infanterie, einer Brigade Feldartillerie und einem Kavallerieregiment bestehen.

Der Fall Breitscheid-Kloth ist vom Staatsgerichtshof an das oberste Gericht zurückverwiesen worden.

Was tut er da?

Paulchen ist mit Recht erbittert, daß er seinen Magen füttert mit trocknen Schrippen ohne Zahl —
Donnerwetter noch einmal!
Simsferim — was tut er da?
Er spielt Hiebharmonika:
Dudelndedelndedel —
Das Leben ist 'ne Schreinererei!

Wilhelm und Butter, Käse, Eier werden unerschwinglich teuer und das Portmännchen ist kahl —
Donnerwetter noch einmal!
Simsferim — was tut man da?
Man spielt Hiebharmonika:
Dudelndedelndedel —
Das Leben ist 'ne Schreinererei!

Pamfarree ist eingeladen, mit den Militärsoldaten will der Reich ins Wupperthal —
Donnerwetter noch einmal!
Simsferim — was tut er da?
Er spielt Hiebharmonika:
Dudelndedelndedel —
Das Leben ist 'ne Schreinererei!

Wilhelm, der nicht mehr im Amte, diesmal er noch Holland schrammt, schreibt jetzt Bücher — wie banal!
Donnerwetter noch einmal!
Simsferim — was tut sich da?
Reblich — Hiebharmonika:
Dudelndedelndedel —
Republik — ah — Schreinererei!

Paulchen aber wandelt schnelle zur nächsten Leichenamstellstelle und macht ein Ende seiner Qual —
Donnerwetter noch einmal!
„Ubi bene patria!“
Singt die Hiebharmonika:
Dudelndedelndedel —
Das Leben ist 'ne Schreinererei! Paulchen.

Die Galerie Nicolas, Pittaststraße 26a, eröffnete eine größere Ausstellung von landschaftlichen und figuralen Werken der Frau E. Witt-Grunwald.

Im Volkstheater geht Sonntag nachmittag 3½ Uhr das Lustspiel „Der Wermut“ in Szene.

Städtischer Orchester. Das 1. Sinfoniekonzert findet am 17. abends 8 Uhr im Musiksaal unter Leitung von Camillo Wülfelmann statt. Solist des Abends ist Konzertmeister Vanhousen (Violine).

Retardpreis für ein Gemälde. Die bekannte „Kreuzabnahme“ von Rembrandt ist für den nächstjährigen Preis von 300 000 Dollars in den Besitz des in Philadelphia ansässigen Millionärs und Sammlers Joseph E. Widener übergegangen. Dies dürfte wohl der höchste bisher erzielte Preis für ein Bild sein.

Internationale Delegation in Berlin.

Wiederum weist eine internationale Arbeiterdelegation in Berlin, in Ausübung des im August von der Amsterdamer, der Londoner und der Wiener Internationale erteilten Auftrages, die deutschen politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse zu studieren. Sie besteht diesmal aus den Genossen Firmen (Internationaler Gewerkschaftsbund), Jouhaux (Französischer Gewerkschaftsbund) und Walshhead (Unabhängige Arbeiterpartei Englands). Es hat sich ihnen auch der amerikanische Sozialist Lee angeschlossen. Die Delegation hielt gestern nachmittag in den Räumen des Sozialdemokratischen Parteivorstandes eine mehrstündige Sitzung mit Vertretern der deutschen Arbeiterschaft ab. Auf deutscher Seite waren anwesend die Genossen Peter Graumann, A. Knoll und Umbreit für den ADGB, Otto Wels und Dr. W. Braun für die SPD, Crispian, Dittmann und Dr. Hilferding für die USPD. Die Besprechung galt in erster Linie der Entwicklung der politischen Situation in Deutschland und der wirtschaftlichen Folgen der Reparationspolitik. Die auf der Amsterdamer Juli-Konferenz gebildete neunköpfige Delegation wird in kurzer Zeit in ihrer Gesamtheit wieder in Berlin zusammentreten zur endgültigen Ausarbeitung ihres Berichts.

Bei Gelegenheit der gestrigen Aussprache erörterte Genosse Jouhaux im Auftrage der freien Geschädigtenorganisationen Nordfrankreichs und im Einvernehmen mit dem Internationalen Gewerkschaftsbund die durch das Sinnes-Lubersac-Abkommen geschaffene Situation und brachte die bereits vor viel längerer Zeit zwischen den deutschen und den französischen Gewerkschaften ausgearbeiteten Wiederaufbaupläne erneut zur Sprache.

Rundgebung in Kliems Festjalen.

Am Abend fand in Kliems Festjalen eine von der Berliner Gewerkschaftskommission organisierte internationale Rundgebung statt, in der die ausländischen Gäste unter lebhaftem Beifall vor über tausend Gewerkschaftsfunktionären sehr eindrucksvolle Reden hielten.

Genosse Sabath hieß die ausländischen Vertreter in Berlin recht herzlich willkommen. Als erster Redner sprach der amerikanische Genosse Lee: Ich bin nach Deutschland gekommen, um möglichst viel von der Arbeiterbewegung zu lernen. Leider fehlt Amerika noch im Bunde der Gewerkschafts-Internationalen; doch sind auch dort schon starke Anzeichen vorhanden, daß es bald anders wird. Es dümmert auch schon zum Begriff des Klassenbewußtseins. Die politische Organisation in den Vereinigten Staaten ist noch sehr klein und bedeutungslos. Wir leiden ebenfalls unter den Folgen des Krieges. Die Arbeitslosigkeit ist sehr stark. Ich bedauere außerordentlich, nicht von ganzem Herzen versprechen zu können, Euch in Deutschland die Hilfe anzubieten zu lassen, um die vielfältigen Probleme zu lösen. Aber wir begrüßen und begrüßen wünschen die Arbeiterbewegung in Deutschland, die trotz der Erschöpfung des Krieges die Stärke, den Mut und den Willen besitzt hat, aufzubauen zu wirken. Ich werde in meiner Heimat verkünden, daß ihre Bewegung unserm Nutzen ist, daß auch Amerika bald ein Glied in der Kette der internationalen Arbeiterbewegung wird. (Stürmischer Beifall.)

Walshhead-England

überbringt die Grüße der englischen Unabhängigen Arbeiterpartei. Er erinnert daran, daß es die Arbeiterklasse war, die nach dem Kriege die internationalen Beziehungen zuerst wieder aufknüpfte, weil sie gelernt hat, daß immer und immer wieder die arbeitenden Klassen diejenigen sind, die unter den Folgen der Kriege am meisten zu leiden haben, ob im Siegerlande oder im Besiegten. (Stürmischer Beifall.) Wir werden uns mit aller Kraft gegen einen neuen Krieg wenden. Unsere Staatsmänner haben nichts gelernt und nichts vergessen. Sie haben nach dem Kriege Europa nur immer mehr in die Misere und das Elend hineinzutreiben verstanden. Wir werden alles daransetzen, um diese Zustände zu ändern. Redner sagt in bezug auf den Versailler Friedensvertrag, daß eine vollständige Revision des Vertrages erfolgen muß. Den Vertrag selbst bezeichnet er unter stürmischem Beifall der Versammlung als ein Verbrechen. Man kann eben nicht reich werden und reich bleiben, wenn man die Rundhaft verliert, die einem etwas abkauen kann. Die Unabhängige Arbeiterpartei Englands hat schon immer die gekennzeichnete Politik verfolgt. Wir stehen auch jetzt bereits mitten in einer sehr wichtigen und bedeutenden Bewegung, und wir hoffen, mit verfassungsmäßigen Mitteln die Regierungspolitik des britischen Reiches zu ändern. Wir werden nach unserm Handeln nach dem Gesichtswinkel einwirken, daß die Interessen der Arbeiterschaft ebenso gestellt werden. (Lebhaftes Bravo!) Und erst dann ist der Krieg wirklich zu Ende; erst dann ist in Europa Frieden. Dann erst wird der Boden frei sein für eine sozialistische Völkergemeinschaft. (Stürmischer langanhaltender Beifall.)

Jouhaux-Frankreich

erinnert zunächst an die Zusammenkunft in der Neuen Welt vor zehn Jahren. Wir sind damals zusammengekommen, um Stellung zu nehmen gegen den Wahnsinn des Krieges, weil wir wußten, daß er furchtbar sein würde, ja, die schlimmste Katastrophe, die über die Menschheit hereinbrechen werde. Wir haben uns nicht getäuscht. Leider waren wir zu schwach, um den Weltkrieg zu verhindern. Die gewerkschaftliche Internationale hat sich das Ziel gesetzt, in den Klassen den internationalen Geist zu verbreiten und den nationalen Geist zu töten. Wenn auch noch nicht alle Beschlüsse zur Durchführung kommen konnten, so lag das nicht an uns, sondern an dem internationalen Kapitalismus und der internationalen Reaktion, die leider in allen Ländern noch sehr stark vertreten sind. Aber trotzdem wird der Zeitpunkt eintreten, wo wir aus dieser Dunkelheit herauskommen werden und die Internationale triumphieren wird. Redner kommt auf die Besprechungen mit deutschen Gewerkschaftsvertretern zwecks Wiederaufbau der zerstörten Gebiete in Frankreich zu sprechen. Er sagt, daß man in Frankreich von kapitalistischer Seite alles daran gesetzt habe, um die Verhandlungen zum Scheitern zu bringen. Aber jetzt hat sie das Lubersac-Sinnes-Abkommen getroffen, und die französische Regierung genehmigt es! Wir müssen dem entgegengehen die Zusammenarbeit der internationalen Arbeiterklasse, den Wiederaufbau durch deutsche und französische Arbeiter. (Lebhafter Beifall.) In Eurem Bunde, das wissen wir, besteht ein immer größer werdendes Elend. Aber auch in den anderen Ländern leidet das Proletariat. Die Kapitalismus in Eurem Staate feiert Triumphe, aber auch bei uns. Die Reaktion und der Kapitalismus sind eben international. Sorgen wir dafür, daß der Chauvinismus und der Nationalismus haben wie früher heftigst wird, dann wird auch für die Arbeiterklasse die befreiende Stunde geschlagen haben, dann werden die dunklen Wälder, die die internationale Reaktion zusammengeholet hat, durch die Sonnenstrahlen der proletarischen Wahrheit und Gerechtigkeit endgültig durchbrochen und verjagt werden! (Langanhaltender stürmischer Beifall.)

Firmen-Holland

Als vor drei Jahren der Weltkrieg zu Ende war, da waren es die Vertreter der Gewerkschaften der bedeutenden Länder Europas, die nichts Gütigers zu tun hatten, die während des Krieges per seilen Bande der Internationale wieder anzuknüpfen. Kaum konnte sich die Arbeiterschaft losmachen von der Zensur der Regierung, da

waren sie auch schon bereit, alles das zu vergessen, was während des Krieges leider vorgefallen war. Die Arbeiterschaft der gesamten Welt muß zusammenhalten und Sorge tragen, daß es nie wieder zum Kriege kommt und daß der Sozialismus die Menschheit erobert. Der Internationale Gewerkschaftsbund wird sich für diese Ziele einsetzen, nicht nur aus eigenem Interesse, sondern im Interesse der Arbeiterklasse der ganzen Welt, weil wir die Brüderlichkeit der Menschheit wollen. Genosse Firmen weist einen feinerzeit im „Korrespondenzblatt“ erschienenen Aufsatz, der die Unverständlichkeit der ausländischen Arbeiter bei ihrer Forderung nach Revision des Versailler Vertrages angezweifelt hatte, scharf zurück und erinnert daran, wie gleich nach Beendigung des Krieges die belgischen Kameraden für die österreichischen Arbeiter sammelten, wie die französischen Gewerkschaften 500 000 Franc leisteten. Er schildert die Begeisterung, die damals herrschte, und zwar bei einem großen Teil von denen, die noch den Kriegsruß trugen, um den sogenannten ehemaligen „Feinden“ zu helfen. Redner beschäftigt sich dann mit der Verächtlichmachung der Amsterdamer Internationale von Seiten der Kommunisten und sagt, daß, ehe von kommunistischer Seite daran gedacht wurde, die Amsterdamer Internationale alles getan hat, um die Rot nicht nur derer zu lindern, die ihr angegeschlossen sind, sondern auch derjenigen, von denen sie heute scharf bekämpft wird. Als im November 1920 die Kriegsgefahr zwischen Polen und Rußland hereindroht, da war es gerade unsere Internationale, die dafür eintrat, daß keine Munition gegen Sowjetrußland hergestellt und verfrachtet wurde. Wir sind auch eingetreten für die von den Kommunisten irreführten Brüder in North-Ungarn, und wir können sagen, daß wir wesentlich mit dazu beigetragen haben, das Verhältnis der Horthy-Regierung zur Arbeiterschaft zu ändern. Ich darf auch daran erinnern, daß wir bei der damaligen in Aussicht genommenen Besetzung des Rußreviers alles getan haben, um die Besetzung zu verhindern. Waren wir doch sogar so weit, die Besetzung mit dem Generalstreik beantworten zu wollen. Ich weiß ja nicht, ob diese Drohung von unserer Seite die Regierung der Ukraine abgehalten hat, von der Besetzung Abstand zu nehmen. Aber ich glaube sicher sagen zu dürfen, daß es ein Faktor war, mit dem die feindlichen Regierungen gerechnet haben. Und ich sage heute abend von dieser Stelle im Namen von 25 Millionen organisierter Arbeiter, daß, falls wieder ein Einmarsch in das Rußrevier drohen sollte, der Internationale Gewerkschaftsbund seine Pflicht erfüllen wird. (Stürmischer Beifall.)

Redner wendet sich dann ganz entschieden gegen den Versailler Friedensvertrag und sagt, daß auch hier der Amsterdamer Gewerkschaftsbund alles daransetzt, um eine Änderung herbeizuführen. Wir wollen auch gar nicht so viele Resolutionen fassen, wie es gerade von kommunistischer Seite geschieht. Aber wir werden gegebenenfalls zu Aktionen schreiten, zu Aktionen, wo die internationale Arbeiterklasse beweisen soll, daß sie hinter den Forderungen unseres Bundes steht. Ich spreche die Hoffnung und die Überzeugung aus, daß es gelingen wird, das Ziel der Änderung des Versailler Vertrages zu erreichen. Wir wollen mit Euch zusammen kämpfen gegen den Nationalismus, gegen Chauvinismus, gegen die Reaktion und dafür, daß Eure Republik gesichert bleibt. Nicht weil wir meinen, daß Eure bürgerliche Republik ein Ideal wäre, nein, weil wir wissen, daß diese bürgerliche Republik in Deutschland eine weit bessere ist als das frühere kaiserliche Deutschland. Genosse Firmen schloß mit einem von der Versammlung mit Begeisterung aufgenommenen dreimaligen Hoch auf die internationale Gewerkschaft und sozialistische Bewegung.

Genosse Sabath dankte in seinem Schlußwort den Rednern und bat sie, mit in ihre Länder zu nehmen, daß die deutsche Arbeiterschaft unter allen Umständen die Errungenschaften der Republik verteidigen wird, und sei es mit ihrem Leben. Sie können in Ihren Ländern ruhig sagen, daß die Arbeiterschaft nie mehr den Monarchismus in Deutschland dulden werde. Er schloß mit einem brandend aufgenommenen Hoch auf die internationale Gewerkschaftsbewegung.

Spontan und begeistert stimmten die Funktionäre die „Internationale“ an.

Gewerkschaften und Wiederaufbau.

Paris, 14. September. (Dena.) Im April 1921 war auf einem Kongreß der Geschädigten der zerstörten Gebiete ein Aktionsausschuß gebildet worden, der den Auftrag erhielt, in Verhandlungen mit deutschen Arbeiterorganisationen zwecks Lieferung der erforderlichen Wiederaufbaumaterialien einzutreten. Seit einem Jahr steht dieser Ausschuss in Verbindung mit dem Verband sozialer Baubetriebe in Berlin. Vor einiger Zeit begab sich der Generalsekretär des Pariser Aktionsausschusses, der Generalrat Doucedame, zu Besprechungen mit Vertretern des Berliner Verbandes nach Frankfurt. Dort konnte indessen ein Abkommen nicht erzielt werden, da es an der erforderlichen Zustimmung der französischen Regierung mangelte. Trotzdem wurden die Verhandlungen weiter fortgesetzt, und am 31. Mai d. J. trat der Berliner Verband sozialer Baubetriebe mit einem konkreten Lieferungsangebot für Baumaterialien an die französische Organisation heran.

Jetzt hat der Abschluß des Lubersac-Sinnes-Vertrages dem Aktionsausschuß neue Möglichkeiten eröffnet, die Zustimmung der französischen Regierung zu dem von ihm geplanten Abkommen zu erhalten. Herr Doucedame hat bereits dem Aktionsausschuß ausführlich Bericht erstattet über die Vorschläge des Deutschen Gewerkschaftsbundes, die auf bedeutsame Materiallieferungen für den Wiederaufbau Frankreichs abzielen. Nach Anhörung einer Abordnung des französischen Bauarbeiterverbandes nahm der Ausschuss eine Entschlieung an, in der grundsätzlich der Vorschlag des Berliner Verbandes sozialer Baubetriebe gutgeheißen wird, und die deutschen Organisationen aufgefordert werden, Delegierte zu benennen, die, mit Vollmachten versehen, auf einer Konferenz in Paris mit dem Aktionsausschuß ein Abkommen treffen zwecks Lieferung notwendiger Materialien an organisierte und nichtorganisierte Geschädigte. Dieses Abkommen soll dann unmittelbar der französischen Regierung zur Genehmigung vorgelegt werden.

Herr Doucedame wird bereits in den nächsten Tagen dem Wiederaufbauminister Reibel die genannten Beschlüsse des Aktionsausschusses zur Kenntnis bringen.

Strafen gegen Mißbrauch von Zucker, Gerste, Obst. Zu unserem Artikel: Schärfere Zuckersteuerung bittet uns das Reichsernährungsministerium mitzuteilen, daß in der Verordnung des Reichsministeriums für Ernährung und Landwirtschaft vom 8. September über die Verwendung von Zucker, Gerste und Obst Strafbestimmungen bereits vorgesehn sind. § 4 der Verordnung bestimmt nämlich, daß Zuwiderhandlungen gegen die Verordnung mit einer Gefängnisstrafe bis zu einem Jahre und Geldstrafe bis zu 100 000 Mark oder mit einer dieser Strafen bestraft werden. Ferner ist bestimmt, daß neben dieser Strafe auf Einziehung der Gegenstände erkannt werden kann, auf die sich die strafbare Handlung bezieht, ohne Unterschied, ob sie dem Täter gehören oder nicht.

Zum Gedächtnis Prof. Ernst Franke, des unvergessenen Sozialreformers, wird zur Aufbringung einer Gedächtnispende aufgerufen. An der Spitze der Interaktion steht der Reichspräsident. Spenden überweise man mit dem Buch: Ernst Franke-Gedächtnispende auf das Postcheckkonto Berlin Nr. 39 697, Bureau für Sozialpolitik E. V., Berlin W 80, Röllendorferstr. 29/30.

Verbandstag der Eisenbahner.

München, 12. September.

Die Dänen telegraphieren, daß sie durch Eisenbahnerstreiks am Erscheinen verhindert sind; sie wünschen guten Erfolg.
Den Kassenbericht gibt Dräger. Für 1921 schließt die Hauptkasse mit 47,8 Millionen Mark in Einnahmen und Ausgaben ab; die Ausgaben enthalten u. a. für Krankenunterstützung rund 3,9 Millionen, Unterstützung bei Todesfall 877 000 M., bei Streiks 11 000 M., zusammen Unterstützungen einschließlich Rechtschutz rund 5,5 Millionen Mark, desgleichen aus den Ortskassen reichlich eine halbe Million Mark. Der Ueberschuß der Hauptkasse betrug 1921 rund 13,3 Millionen Mark, Kassenbestand rund 19,4 Millionen Mark. Die Grundstücke in Berlin haben rund 5 Millionen Mark Wert, sie sind mit rund 1,5 Millionen Mark Hypotheken belastet. Grundstückswerte in Halle und Bremen 558 000 M., Befaltung 83 000 Mark. Vermögensbestand Ende August 1922 rund 20,5 Millionen Mark. Bewegliches Vermögen pro Mitglied 61,61 M. Als erfreulich wird hervorgehoben, daß die Abrechnungen der Verwaltungsstellen immer präzipiter erfolgen. Abermalige Beitragserhöhung ist jedoch nötig, soll nicht das Vermögen schwinden. Die Mitgliedsbeiträge gehen gut ein; ungenügend wurden die Pflichtbeiträge für Unterstützung der Metallarbeiter geleistet. Der Verband zählte Ende März 1922

440 223 Mitglieder.

darunter 38 704 im Beamtenverhältnis und 3033 weibliche. Es standen im Betriebsdienst 168 947, Werkstattendienst 135 915, Bahnunterhaltungsdienst 134 837. Die Situation ist verhältnismäßig gering, zuletzt standen 15 662 Austritten 14 822 Eintritte gegenüber, wozu 2327 Uebertritte aus freien Gewerkschaften und 8484 aus gegnerischen Organisationen kommen.

In der Diskussion über den Geschäftsbericht verteidigt Ambros-Dresden den witten Eisenbahnerstreik in Sachsen. Zu einem Zusammenstoß mit den Kommunisten kommt es, als Bernhard vom Verbandsvorstand den Inhalt eines Schreibens der Arbeiter der Betriebswerkstätte München I an die Generalversammlung bekannt gibt. Es wird darin eine Beschäftigungsbeihilfe von 10 000 M. und eine Lohnerhöhung von 50 Proz. gefordert. Weiter wird vorgeschlagen, den Bericht einer Kommission entgegenzunehmen. Auf Vorschlag des Bureau geht der Verbandstag über dieses Schreiben zur Tagesordnung über. Diese Entscheidung veranlaßt die Kommunisten zu erregten Zwischenrufen, wie „Skandalös!“, „unerhör!“, „Verwaltungs-politik!“, „herunterholen sollten sie Euch!“ usw.

In der Nachmittags-sitzung wird Schmidt-Berlin dem Vorstand vor, daß er durch seine Unterstützung der im November 1918 mit den Arbeitgebern geschlossenen Arbeitsgemeinschaft die Lohn- und Gehaltspolitik ungünstig beeinflusst habe. Weiter kritisiert er, daß Scheffel in seinem Bericht nur 7 Minuten über die Dienstauverpflichtungen gesprochen habe. Redner begrüßt die Arbeitsgemeinschaft mit der Reichsgewerkschaft und unterbreitet dann dem Verbandstag eine Entschlieung, die vom Hauptvorstand Aufgabe der feitherrigen Unterstützung der Kollisionsregierung und die sofortige Mobilisierung aller Kräfte gegen die fortwährende Unterdrückungs- und Entrechtungsversuche des RVM und darüber hinaus Kampf zur Befreiung des heutigen Klassenstaates fordert. Zur Erreichung dieses Zieles stellen die kommunistischen Verfasser 8 Forderungen auf.

Benh-Karlsruhe hält die Lohnpolitik des Vorstandes für richtig und fordert ihre Fortsetzung. Er wünscht aber Verringerung der Spannung zwischen den Befolungsgruppen und Einführung von nur 3 Ortsklassen.

4. Verhandlungstag.

Die Mittwochs-sitzung beginnt mit dem Bericht der Mandatsprüfungskommission. Sämtliche Mandate werden für gültig erklärt. Bay-Offenburg kritisiert die Wirtschaftspolitik des ADB.

Zu förmlichen Auseinandersetzungen kommt es, als Froschhammer-Regensburg eine Entschlieung begründet, die sich gegen den Versuch monarchistischer Kreise,

die Reichsflagge vor dem Tagungsort

zu entfernen, wendet. — Als die Generalversammlung mit großer Mehrheit die Entschlieung annimmt, geraten die Kommunisten in Erregung, die minutenlang jede Verhandlung unmöglich macht. Schließlich erklärt Schmidt-Berlin, daß die kommunistische Delegation gegen die Entschlieung gestimmt habe, weil ihre Redner nicht zur Geschäftsordnung sprechen dürfen.

Ein Antrag, einen Befürworter des Gedingeverfahrens in der Diskussion sprechen zu lassen, wird angenommen. Reyer-Darmstadt wirft die Frage auf, ob der Verband die Macht habe, das Gedingeverfahren zu beseitigen, und kommt zur Verneinung der Frage, Tragheim habe der Verband mehr gegen das Gedingeverfahren gekämpft als die Organisationen der Privatarbeiter. Aus dem Afford der Privatarbeiter sei das Gedingeverfahren der Eisenbahn herausgewachsen.

In der Nachmittags-sitzung kommt der Vorsitzende des Transportarbeiter-Verbandes, Genosse Schumann, zum Wort. In einer fünfviertelstündigen Rede behandelt er

das Problem des Verkehrsverbundes.

Seine Organisation habe 582 000 Mitglieder und 50 Millionen Mark Vermögen; sie könne also mit Ruhe der Zukunft entgegensehen. Es seien also keine egoistischen Motive, die ihn zum Eintreten für den Verkehrsverbund veranlassen. Hätte der Vorstand des DVB den Versuch gemacht, den Beschluß der Dresdener Generalversammlung durchzuführen, dann stände es heute besser um die Einheitsorganisation, dann wäre auch die Reichsgewerkschaft für diese Idee gewonnen worden. Er habe den Vorstand des DVB, im vorigen Jahre zurückhalten müssen, damit er in der Frage der Dreifaltigkeitstheorie dem ADB nicht nachgebe. Wäre im DVB eine Urabstimmung vorgenommen worden, sie hätte eine große Mehrheit für den Zusammenschluß der beiden Verbände ergeben. Jetzt müsse die Verantwortung den Kollegen des DVB überlassen bleiben, die glauben, die Entwicklung aushalten zu sollen. Kommt eine Verschmelzung nicht zustande, dann müsse die Arbeitsgemeinschaft fortgesetzt werden.

Klus-Hamburg führt aus, daß die Freunde von links erhoffen, durch den sogenannten Verkehrsverbund, wie sie ihn aufessen, den Himmel auf Erden zu schaffen. Für diesen Zusammenschluß seien aber die Mitglieder noch nicht reif. Redner wünscht eine konsequente Haltung des Vorstandes in der Frage des Gedingeverfahrens. — Bernhard wirft Schumann vor, daß er in Verhandlungen anders rede als in den verantwortlichen Körperschaften. Er übersehe auch die Schwierigkeiten in der Beamtenagitation. Zu der Kommunisten gewandt sagt Redner: „Wir schließen keine Mitglieder wegen ihrer politischen Betätigung aus, sonst würdet Ihr doch nicht hier sitzen.“ — Apitzsch nimmt die Tarifabteilung gegen die erhobenen Angriffe in der Frage der geteilten Arbeitszeit, des Gedingeverfahrens und des Tarifwesens in Schutz. — Kohler berichtet über die Tätigkeit der Beamtenabteilung. Obwohl zeitweise nur drei Kollegen im Hauptbureau zur Verfügung standen, seien doch 1941 Versammlungen, Sitzungen, Verhandlungen und Konferenzen besucht worden. Aus der Tatsache, daß nur zwei Diskussionenredner die Tätigkeit der Abteilung kritisierten, gehe hervor, daß die Generalversammlung mit ihrer Arbeit zufrieden sei.

Braunig behandelt eingehend die Dienstauverpflichtungen und betont, daß für die Mitarbeit gewerkschaftliche Grundzüge maßgebend waren.

Darauf wird die Weiterberatung auf Donnerstag vertagt.

Gewerkschaftsbewegung

Die kommunistische Mache.

Die Berliner Kommunisten haben bekanntlich in Ermangelung einer anderen Idee zur Bekämpfung der Teuerung einen Fünfzehner-Ausschuß eingesetzt, der einen Reichsausschuß der Betriebsräte gründen soll. Dieser Reichsausschuß soll einen Reichsbetriebsräte-Kongreß einberufen und neben der Sanktionierung der üblichen kommunistischen Phrasen und Forderungen auch eine Bannbulle gegen den ADB und die Sozialdemokraten erlassen. Die „Roten Fahnen“ im ganzen Lande freuen sich nun wie Kinder, wenn sie mitteilen können, daß schon irgendwo unter Ausschluß der Öffentlichkeit oder „mit List, Schlaueit und illegalen Methoden“ ein Delegierter zu dem sogenannten Reichsausschuß oder zum Reichsbetriebsräte-Kongreß gewählt worden ist. Von „der begeisterten Zustimmung der Arbeiterschaft aus dem ganzen Reich“ reden die bescheidenen Kommunisten, trotzdem bisher nur aus vier Städten Zustimmungserklärungen vorliegen. Wie diese Zustimmungen übrigens zustande kommen, dafür ein Beispiel aus Halle, wo man auch einen Kontrollausschuß eingesetzt hat und einen Schneider zum Delegierten für den Betriebsräte-Kongreß bestimmte. Die Versammlung der Betriebsräte und Gewerkschaftsfunktionäre in Halle bestand aus 400 Personen; unter ihnen ungefähr 50 Unionisten, die dort gar nichts zu suchen hatten. Trotzdem hinderte sie der kommunistische Vorsitzende nicht, an den Entscheidungen der Versammlung mitzuwirken, während dem Vertreter des Gewerkschaftsartells, Wielepp, das Wort entzogen wurde. Wielepp verließ hierauf mit den Anhängern der beiden sozialdemokratischen Parteien den Saal. Das kommunistisch-unionistische Rumpfparlament nahm dann „im Namen des Proletariats von Halle“ die kommunistischen Forderungen an. So sieht die „begeisterte Zustimmung“ des Proletariats im ganzen Reich zu der neuesten „Aktion“ der Berliner Kommunisten aus.

Zur Arbeitszeit in der Berliner Metallindustrie.

Die Ortsverwaltung Berlin des Deutschen Metallarbeiterverbandes meubelt sich in ihrer Wochenbeilage zur „Metallarbeiter-Zeitung“ an ihre Mitglieder wegen der veränderten, von 40 $\frac{1}{2}$ auf 48 Stunden verlängerten Arbeitszeit, die durch die Abstimmung in den Betrieben des Verbandes Berliner Metall-Industrieller sanktioniert ist.

Die Arbeiter legen großen Wert auf den freien Sonnabend-Nachmittag, der bei 40 $\frac{1}{2}$ stündiger wöchentlicher Arbeitszeit möglich war, ohne das Prinzip des Achtstundentags zu durchbrechen. Wenn trotzdem in einigen Betrieben durch Vereinbarung mit dem Betriebs- resp. Arbeiterrat eine kurze Ueberschreitung der achtstündigen reinen Arbeitszeit an Wochentagen zugunsten des freien Sonnabends erfolgte, so waren das Ausnahmefälle. Sie mußten jedoch den Unternehmern als Beweis dafür dienen, daß es für die Arbeiter sehr wohl möglich sei, länger als acht Stunden zu arbeiten. Es liegt nun nahe, daß im Interesse der Verbeibaltung des freien Sonnabendnachmittags, die Arbeiter auf eine entsprechend längere Arbeitszeit an den übrigen Wochentagen in einzelnen Betrieben eingehen.

Eine Veränderung der bisherigen Arbeitszeit muß infolge der Verlängerung ohnehin eintreten. Die Ortsverwaltung empfiehlt nun den Verbandsmitgliedern lieber auf den vollständig freien Sonnabendnachmittag zu verzichten, als über acht Stunden hinauszuweichen. Die 48stündige Arbeitszeit soll gleichmäßig auf die sechs Wochentage verteilt werden, so daß der tägliche Achtstundentag beibehalten bleibt. Außerdem sollen die Pausen abgeändert werden. Bei durchgehender Arbeitszeit genüge je eine viertelstündige Frühstück- und Mittagspause anstatt einer dreiviertelstündigen Pause, bei einer halbtägigen Mittagspause. Dies läge im Interesse einer möglichst gleichmäßigen Arbeit.

Wir geben uns der Erwartung hin — heißt es zum Schluß —, daß die von uns gemachten Anregungen bei den notwendigen werdenden Nachverhandlungen über die Festlegung der täglichen Arbeitszeit sowie die erneute Pauleinteilung von allen Betriebsräten beachtet werden, weil damit dem Interesse der Gesamtarbeiterschaft am besten gebient ist.“

Entschlieung der Betriebsräte.

Auf besonderen Wunsch aus Gewerkschaftstreifen bringen wir die Entschlieung des Vollzugsrats im Wortlaut:

Die am 5. und 11. September tagende Generalversammlung der Freigewerkschaftlichen Betriebsrätezentrale für den Wirtschaftsbezirk Groß-Berlin beschließt nach eingehender Aussprache über die Teuerung und das Arbeitsprogramm der FBRZ:

1. Volatanz der Mark und Preissteigerung sind nur scheinbare Ursache, in Wirklichkeit aber Wirkung der Hungerlöhne und der Zerrüttung der staatlichen und kommunalen Finanzen Deutschlands und können nur beseitigt werden, wenn Lohn- und Steuerregelung gleichzeitig und gleichförmig im Sinne und Dienste der national-ökonomischen Erkenntnis geregelt werden.
2. Eine wirkliche Besserung der Wirtschaftslage für Arbeiter und Angestellte ist nur durch die Ueberführung der kapitalistischen Wirtschaft in eine sozialistische, d. h. durch Ueberführung alles Eigentums an Grund und Boden und an Produktionsmitteln in den Besitz der Gesamtheit des Volkes, möglich.
3. Jede Besserung im kapitalistischen Staat wird sich bei Berücksichtigung der wirtschaftlichen Verhältnisse ohne Rücksicht auf den einschlagenden Weg immer nur in dem Verhältnis der gegenseitigen Kräfte zwischen Kapital und Arbeit auswirken.
4. Die Stärkung unserer Aktionsfähigkeit erfordert:
 - a) eine einzige sozialistische Partei,
 - b) möglichstste Zusammenfassung aller Gewerkschaften in Industrieverbände,
 - c) Stärkung beider Organisationen und der Arbeiterpresse durch Verneinung der Mitglieder bzw. Leser der Presse,
 - d) geistige Einstellung aller Lohn- und Gehaltsempfänger auf Kampf und Ziel durch die Betriebsräte.
5. Dringend notwendig ist die Schmälerung der Profiteure der Kapitalisten in Form von Vermögensabgabe oder Erhebung direkter volkswirtschaftlicher Steuern.
6. Der bisher beschränkte Weg der Kämpfe um Lohnerhöhung hat, wie die Erfahrung bewiesen hat, eine wirtschaftliche Hebung der Arbeiter als Klasse nicht gebracht; sie sind deshalb nur ein notwendiges Uebel, die größten Verschlechterungen hintanzuhalten. Lohnkämpfe einzelner kleiner Berufsgruppen und Branchen unter Ausnutzung einer besonderen Konjunktur sind zu verwerfen, da sie dem Klassenkampf entgegenstehen.
7. Zu erstreben sind gleichmäßige Gestaltung der Löhne eines Industriebezirks und die Unterstützung der schlecht bezahlten Gruppen dieser Bezirke.
8. Um die geistige Einstellung und die organisatorischen Vorbereitungen für erfolgreiche Kämpfe zur Hebung der wirtschaftlichen Lage zu ermöglichen, wird der Vollzugsrat beauftragt, durch den Beirat eine Vertretererversammlung von Betriebsräten aus dem ganzen Reich zu angeregen, die diskutablen Grundlagen für einen Reichsbetriebsräte-Kongreß zu schaffen hat.
9. Gleichzeitig werden im Wirtschaftsbezirk Groß-Berlin alle Betriebsräte mit den bevorstehenden Aufgaben vertraut gemacht.
10. Die Resolution Groths war damit erledigt. Die gegen den Fünfzehnerausschuß gerichtete Resolution wurde abgelehnt.

„Abbau der Sonderzuschläge für die Straßenbahner.“

Unter dieser Ueberschrift wurde ein Bericht verbreitet, das in der Hauptsache falsch ist. Richtig ist, daß die Verwaltung der Straßenbahn und mit ihr der Magistrat, die Sonderzuschläge für Nacht- und Sonntagsarbeit verhängen will. Ebenso, daß das Reichsarbeitsministerium einen Schiedsspruch in diesem Sinne gefaßt hat, den die Straßenbahner abgelehnt haben, während der Magistrat die Verbindlichkeitserklärung dieses Schiedspruches beantragt hat.

Falsch ist, daß in Verhandlungen am Dienstag im Reichsarbeitsministerium die Verbindlichkeitserklärung des Schiedspruches erfolgt sei. Die Verhandlungen sind noch nicht abgeschlossen. Falsch ist auch, daß die Funktionäre der Straßenbahner in der Sache einen Beschluß gefaßt hätten. Ihre Stellungnahme ist gegeben. Erst wenn die Verhandlungen über die Verbindlichkeitserklärung abgeschlossen sind, kann zu dem Ergebnis Stellung genommen werden.

Trohender Streik in den Margarine-Niederlagen.

Infolge des unverantwortlichen Verhaltens der Arbeitgeber in den hiesigen Niederlagen der auswärtigen Margarinefabriken dürfte es in den nächsten Tagen zum Streik der Arbeiter dieser Betriebe kommen. Obwohl seit April d. J. ein Tarifvertrag mit dem Deutschen Transportarbeiterverband besteht, haben sich die Arbeitgeber seit drei Monaten geweigert, über ein neues Lohnabkommen zu verhandeln. Sie entlohnten ihre Arbeitnehmer nach ihrem Belieben. Die darüber mit Recht empörte Arbeiterschaft beauftragte ihre Organisation, den Schlichtungsausschuß anzurufen. Vor der Verhandlung kam eine Einigung über die Löhne der erwachsenen Arbeiter zustande. Nur bezüglich der Jugendlichen bestanden noch Differenzen.

Anstatt sich nun auf die Schlichtung dieser Differenzen zu beschränken, machte der Vorsitzende der Sonderkammer des Schlichtungsausschusses einen Vorschlagsvorschlag, wonach die erwachsenen Arbeiter für die erste Hälfte des September 56 M., für die zweite Hälfte 96 M. pro Woche weniger erhalten sollten, als wie vor der Verhandlung vereinbart war. Nachdem dieser Vorschlag von den Arbeitnehmern abgelehnt war, trat die Kammer in eine neue Beratung ein und schlug als Ergebnis derselben eine Herabsetzung der Löhne um weitere 50 M. pro Woche vor. Dadurch kühn gemacht, erklärten die Arbeitgeber, daß sie die Verhandlung überhaupt abzulehnen und sich dem weit niedrigeren Tarif im Buttergroßhandel anschließen würden. Infolge der unvollständigen Befehung des Schlichtungsausschusses konnte ein Schiedspruch nicht gefaßt werden.

Die Arbeitnehmer sind durch die monatelange Verschleppung des Lohnvertragsabchlusses derartig empört, daß eine sofortige Arbeitsniederlegung zu erwarten ist. Dadurch würde die Versorgung Berlins mit einem zurzeit wichtigsten Nahrungsmittel außerordentlich gefährdet werden. Die Verantwortung dafür trifft jedoch lediglich die Arbeitgeber, die innerhalb weniger Monate die Margarine, welche noch Ende April für 30 und 35 M. pro Pfund zu haben war, auf weit über 200 M. hinaufgetrieben haben, eine Regelung der Löhne ihrer Arbeiter jedoch nicht für notwendig hielten.

SPD-Metallarbeiter! Die Versammlung aller SPD- und UGB-Funktionäre findet heute, 4 $\frac{1}{2}$ Uhr (nicht 6 Uhr), in der Humboldt-Akademie, Gartenstr. 25, statt. Mitgliedschaft der Partei legitimiert. Jeder Funktionär muß erscheinen. Die Fraktionsvorsitzende.

Der Streik der Schildermaler ist nach vierwöchiger Dauer beendet worden. Der Verein Berliner Schilderfabrikanten, der sich auf einen recht annähernden Herrenstandpunkt stellte und zuerst über die „zu hohe“ Lohnforderung von 45 M. pro Stunde nicht verhandeln wollte, sah sich durch die längere Wirkung des Streiks dann doch genötigt, in Verhandlungen zu treten. Nach mehreren Verhandlungsabenden kam dann eine Einigung dahingehend zustande, daß für die Zeit vom 1.—5. August 37 M. pro Stunde und vom Tage der Arbeitsaufnahme ab vom 1.—15. September 55 M. für Schildermaler erster Klasse und 53 M. für Schildermaler zweiter Klasse zugestanden wurden. Von den in den Streik getretenen Kollegen ist während der ganzen Dauer des Kampfes keiner abtrünnig geworden; in voller Siegeszuversicht hielten sie alle aus bis zum letzten Tag. Doch behauerlich ist, daß von vornherein einige Kollegen in verschiedenen Betrieben stehen geblieben und so den Streikenden in den Rücken gefallen sind und dadurch den Kampf erschwert. Sie sind als Streikbrecher gebrandmarkt. Es sind dies bei der Firma Bünlow Franz Polle und bei der Firma Bartel Willi Better.

Ueber die Firmen Lindren, Neue Friedrichstr. 37, und Otto Rüterbusch, Königgräber Straße, ist die Sperre verhängt.

Der Streik und die Aussperrung der sächsischen Transportarbeiter sind beendet. Am Mittwoch wurde von einem unparteiischen Schiedsgericht im sächsischen Arbeitsministerium eine Vereinbarung auf folgender Grundlage erzielt: Die Wochenlöhne betragen vom Tage der Wiederaufnahme der Arbeit in der Klasse A 3200 M., B 3050 M., C 2950 M. und D 2850 M. Die Vereinbarung gilt für ganz Sachsen. Die Arbeit wurde gestern früh wieder aufgenommen.

Der Wiener Zeitungstreik kann als beendet gelten. In der Vereinbarung zwischen Arbeitern und Unternehmern wurde ein Kompromiß geschlossen. Die volle Jubelziffer wird nicht ausgezahlt.

Der Streik in den amerikanischen Eisenbahnwerkstätten ist nach Mitteilung des Arbeitsministeriums — entgegen der gestrigen Meldung — nur teilweise beigelegt.

Deutscher Transportarbeiterverband. Die in den Margarinefabrikniederlagen beschäftigten Arbeitnehmer kommen heute abend 7 $\frac{1}{2}$ Uhr bei Jenlow, Reichsstr. 15, zusammen, um zu dem Verhalten der Arbeitgeber Stellung zu nehmen.

Verband der Fabrikarbeiter. Sonnabend nachmittag 2 Uhr im Saal 5 des Gewerkschaftshauses, Engelstr. 24—25, Versammlung sämtlicher Funktionäre und Betriebsräte der Nahrung- und Lederindustrie.

Glück. Sonntag vormittag 9 Uhr im Gewerkschaftshaus Mitgliederversammlung. Wohl der Delegierten zum Verbandstag. Bericht der Lohnkommission. Bericht aus den Betrieben. In dieser Versammlung müssen alle Kollegen erscheinen. Das Mitgliedbuch ist vorzulegen. Bei Osterverwaltung.

Gewerkschaftlicher Hilfsarbeiter- und Arbeiterinnenrat. Sonntag abend 6 Uhr im Gewerkschaftshaus, Saal 1, Versammlung aller Funktionäre, einschließlich der Lohnkommission. Bericht über die Tarifausdehnung. Da unter Punkt 3 der Tagesordnung wichtige Sachen zu besprechen und zu erledigen sind, erwartet der Ortsvorstand das zahlungsfähige Erscheinen aller Funktionäre.

Verantwortlich für den Inhalt: Kall: Viktor Schiff, Berlin; für Anzeigen: H. Glode, Berlin. Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Druckerei u. Verlagsanstalt Carl Singer u. Co., Berlin, Lindenstr. 5. Otis 1. Otis 1.

Stoffe für Herren- u. Damen-Bekleidung
besitz Fabrik, große Auswahl, Verkauf meterweise
Koch & Seeland G. m. b. H.
Gertraudenstraße 20-21.

Hühneraugen
Hornhaut, Schwielen u. Warzen
Kurol
sicher u. schmerzlos
in Apotheken u. besseren Drogerien erhältlich.
Gegen Fußschwellen und Wundläufen Kurol-Fußbad!

Moderne Herren-Bekleidung
Anzüge, Paletots, Schlüpfer, prima Stoffe
in Verarbeitung :: :: Billigste Preise
MAX FLUSS, Rosenthaler Straße 58

Spaare Gas mit Gea! **DEGEA-SPARGLÜHKÖRPER**
VERBODEN LAUT WISSENSCHAFTLICHE FESTSTELLUNG EINE BASERSPARNIS VON 25%